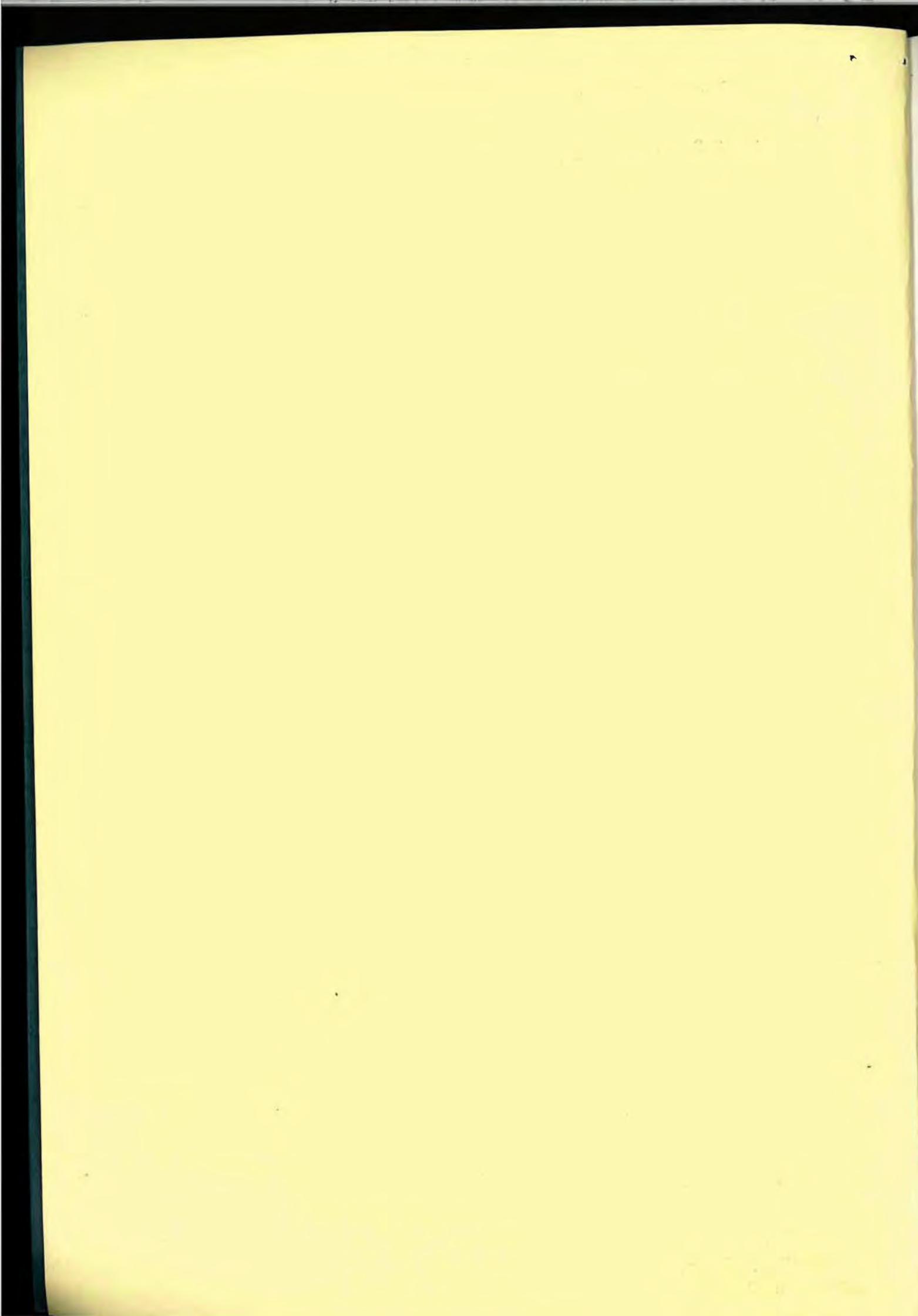


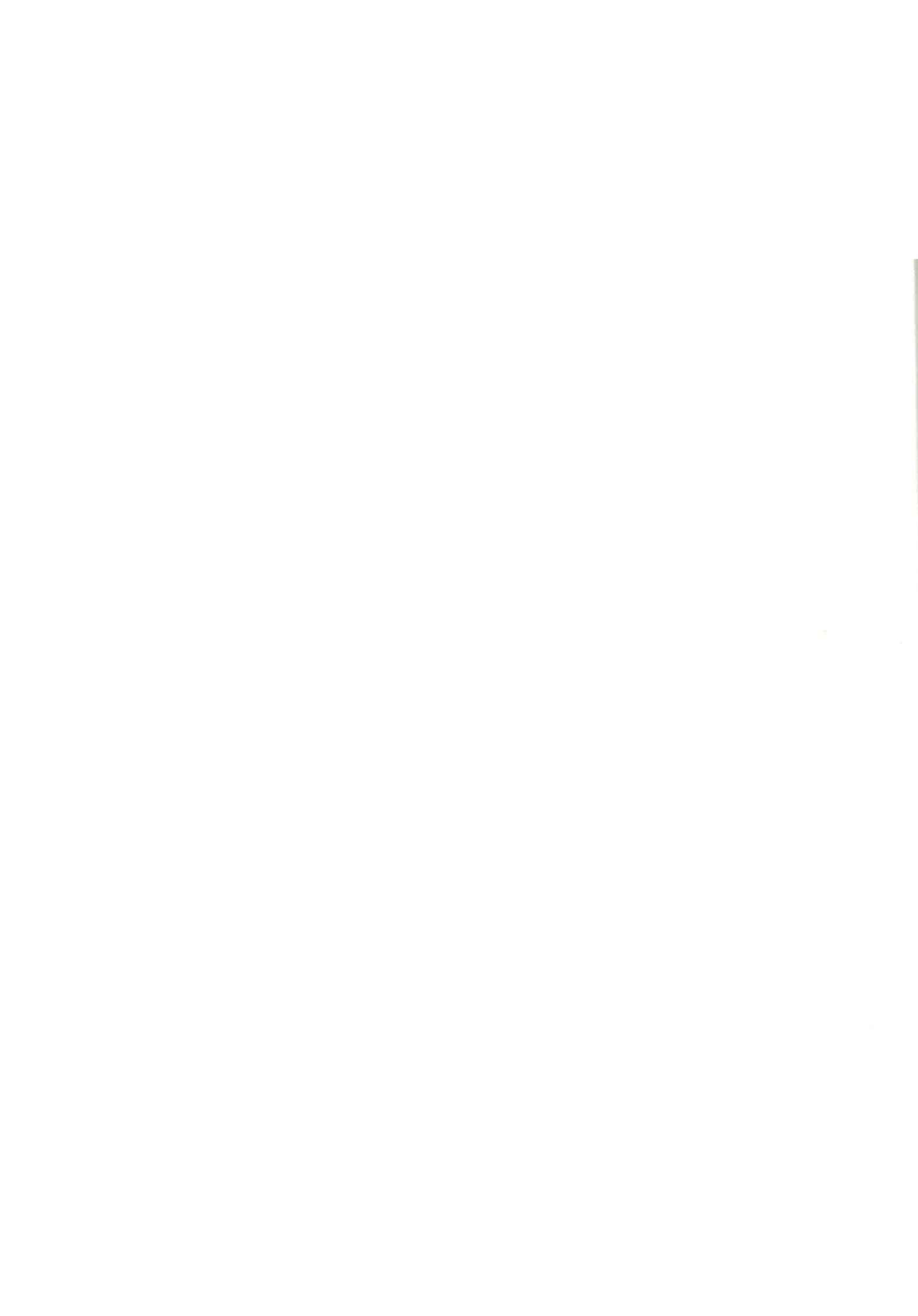
**Verfassungsschutzbericht
Baden - Württemberg**

1976 / 77



Verfassungsschutzbericht
BADEN-WÜRTTEMBERG
1976/77

Herausgegeben vom Innenministerium Baden-Württemberg



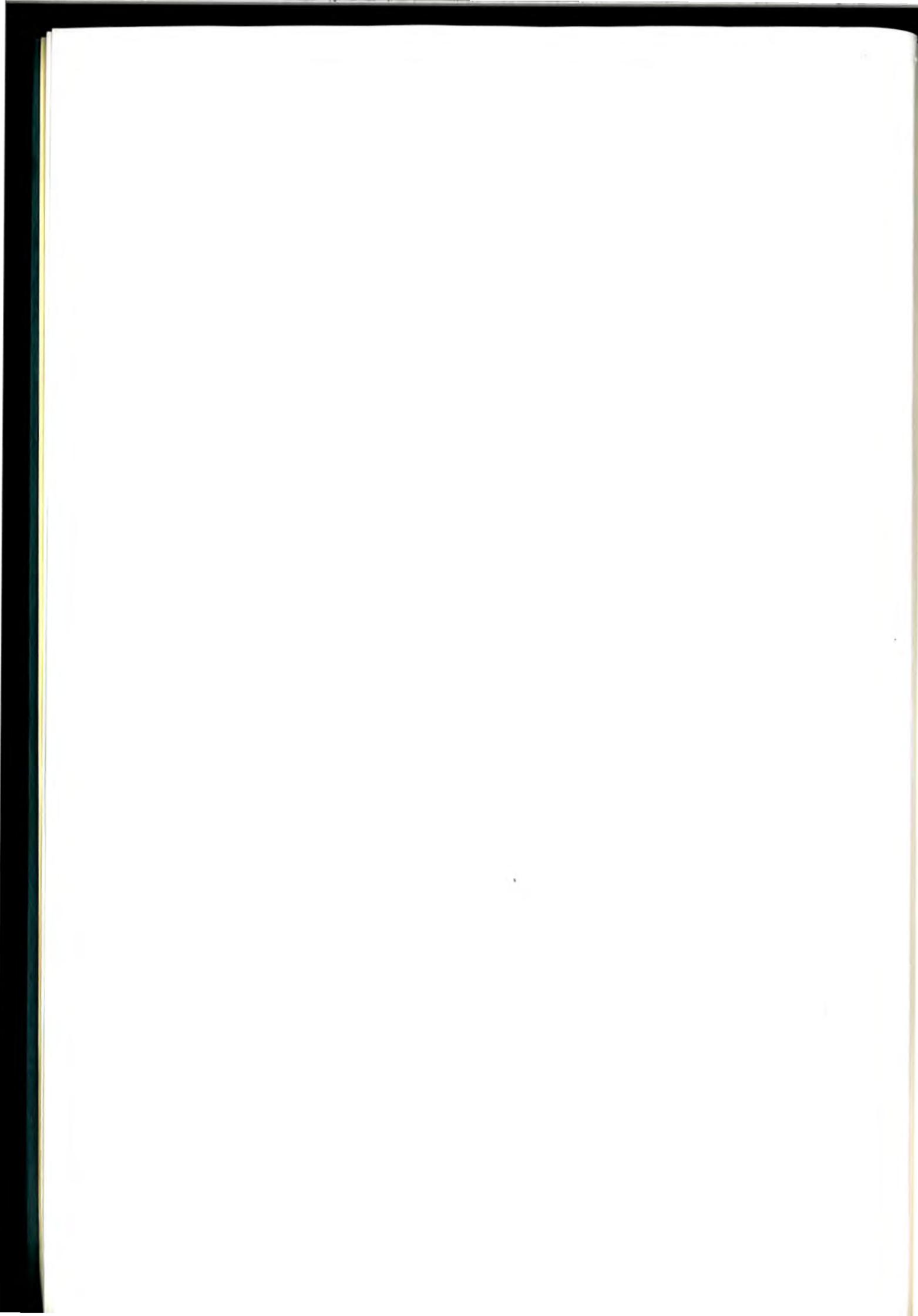
Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg
1976/77

Der vorliegende Bericht über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes in Baden-Württemberg macht deutlich, daß der politische Extremismus nach wie vor entschlossen ist, die freiheitliche demokratische Grundordnung unter Ausnutzung der verfassungsmäßigen Rechte, teilweise aber auch unter Anwendung von Gewalt zu beseitigen und sie durch eine "Diktatur" zu ersetzen. Außer vom Terrorismus geht heute die unmittelbarste Gefahr für die verfassungsmäßige Ordnung unseres Staates vom "Kommunistischen Bund Westdeutschland" (KBW) aus, dem es trotz eines im Jahre 1976 ausgetragenen Richtungskampfes gelungen ist, seine führende Stellung unter den maoistisch orientierten Organisationen weiter auszubauen. Er steigerte die Zahl seiner Mitglieder, reformierte seine Organisation und baute den Parteiapparat auch technisch aus. Der KBW zählt heute allein in Baden-Württemberg rd. 900 Mitglieder, strengster Parteidisziplin unterworfenen Aktivisten ("Kader"), die von einem zahlenmäßig erheblich größeren Sympathisantenfeld gestützt werden. Gewaltanwendung wird nicht nur propagiert, sondern auch praktiziert.

Es bedarf des entschlossenen Einsatzes der Sicherheitsbehörden und des Zusammenwirkens aller demokratischen Kräfte, die unseren freiheitlichen demokratischen Staat tragen, um der Herausforderung, die von diesen und den anderen in dem Bericht genannten extremistischen Gruppierungen von links und rechts ausgehen, erfolgversprechend begegnen zu können.

Die wesentlichsten Erkenntnisse, die der Verfassungsschutz bei seiner Arbeit gewonnen hat, wurden, soweit sie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können, in den vorliegenden Bericht aufgenommen, um die Öffentlichkeit so umfassend wie möglich über politisch motivierte verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende sowie über nachrichtendienstliche Bestrebungen zu unterrichten. Der Bericht umfaßt den Zeitraum bis zum 31. März 1977.

Stuttgart, im Juni 1977



Inhaltsübersicht

	Seite
I. <u>Linksextreme Bestrebungen</u>	1
1. <u>Allgemeiner Überblick</u>	1
2. <u>Organisationen der "Alten Linken"</u>	6
2.1 "Deutsche Kommunistische Partei" (DKP)	6
2.2 "Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" (SDAJ)	11
2.3 "Junge Pioniere - Sozialistische Kinderorganisation" (JP)	13
3. <u>Organisationen der "Neuen Linken"</u>	13
3.1 "Kommunistischer Bund Westdeutschland" (KBW)	13
3.1.1 Der "Kampf zweier Linien" und seine Folgen	14
3.1.2 KBW-Delegiertenkonferenz beschließt umfangreiche Reformmaßnahmen	15
3.1.3 Mitgliederbewegung	17
3.1.4 Aktivitäten	18
3.1.5 Die "Massenorganisationen" des KBW	21
3.2 "Kommunistische Partei Deutschlands" (KPD)	21
3.3 "Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten" (KPD/ML)	24
4. <u>Sonstige linksextreme Organisationen</u>	27
4.1 "Gruppe Internationale Marxisten" (GIM) und "Spartacusbund"	27
4.2 "Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands" (KABD)	28
4.3 "Kommunistischer Bund" (KB)	29
4.4 "Europäische Arbeiterpartei" (EAP)	30
5. <u>Zur Situation an den Hochschulen des Landes</u>	30

	Seite
II. <u>Rechtsextreme Bestrebungen</u>	33
1. <u>Allgemeiner Überblick</u>	33
2. <u>Organisationen der "Alten Rechten"</u>	36
2.1 "Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD)	36
2.2 "Junge Nationaldemokraten" (JN)	38
2.3 "Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte" (VVK)	38
3. <u>Organisationen der "Neuen Rechten"</u>	39
4. <u>Neonazistische Gruppen</u>	40
5. <u>Politisch motivierte Gewalttaten</u>	41
III. <u>Aktivitäten politisch extremer Ausländer</u>	43
1. Allgemeiner Überblick	43
2. Araber und palästinensischer Widerstand	46
3. Türken	46
4. Griechen	48
5. Iraner	49
6. Spanier	50
7. Italiener	51
8. Jugoslawen	51
IV. <u>Zur Situation auf dem Gebiet der Spionagebekämpfung</u>	53
1. Allgemeiner Überblick	53
2. Werbungsmitel	54
3. Führungs- und Verbindungswesen	54
4. Ausspähungsziele	56
5. Festnahmen, Verhaftungen	56
6. Verurteilungen	56

Verzeichnis der Abkürzungen

I. Linksextreme Bestrebungen

1. Allgemeiner Überblick

1.1 Terrorismus

Der Mordanschlag auf Generalbundesanwalt BUBACK und seine Begleiter am 7. April 1977 hat erneut mit äußerster Brutalität verdeutlicht, daß die unmittelbarste Gefährdung der inneren Sicherheit unseres Staates von den terroristischen "Kommandos" in der Nachfolge der BAADER-MEINHOF-Bande ausgeht. In einem Zeitraum von rund zehn Jahren eskalierte die Praxis der Terroristen nunmehr - nach Kaufhausbrand, Bankraub, Bombenanschlägen, Geiselnahmen und Fememord - zum Attentat, zur gezielten "Strafaktion" gegen hohe Repräsentanten unseres Staates. Über das Ziel solcher Anschläge auf "Personenobjekte" hieß es in der bereits 1971 erschienenen RAF-Schrift "Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa":

"... Noch schneller wird die Auflösung der Moral in den Institutionen der 'vorgeschalteten Repression', in den Verwaltungsbehörden, vor sich gehen, wenn allenthalben die anonymen, feigen, blutleeren und einfalllosen Routiniers der administrativen Repression für ihre volksfeindlichen Handlungen zur Verantwortung gezogen werden. Die Guerilla wird dabei nach dem Grundsatz verfahren: 'Bestraft Einen und erzieht Hunderte!'"

Die Morde von K a r l s r u h e lassen keinen Zweifel mehr daran zu, daß ein zahlenmäßig kleiner, aber "harter Kern" von Terroristen zu jedem Gewaltverbrechen fähig und bereit ist. Dabei sind die Grenzen zwischen dem sogenannten harten Kern, den Unterstützern und der "Sympathisantenszene" in kaum zu kontrollierendem Maße fließend geworden. Das bedeutet, daß immer wieder Aktivisten aus der Unterstützer- und Sympathisantenszene zum "harten Kern" vorstoßen und damit diesen "inneren Kreis" rücksichtsloser und entschlossener Terroristen verstärken. So zählten auch die jetzt im Zusammenhang mit dem Karlsruher Mordanschlag gesuchten Terroristen bis vor wenigen Monaten noch zum sogenannten Sympathisantenraum.

Zudem begünstigt die gegenüber der - im wesentlichen durch die BAADER-MEINHOF-Bande repräsentierten - ersten Phase des deutschen linksextremistischen Terrorismus (1969-1972) heute völlig veränderte Gruppenstruktur "Guerillaaktionen" wie diejenige von Karlsruhe: gegenwärtig operieren im Bundesgebiet mehrere selbständige terroristische Kleingruppen, die sich meist "Revolutionäre Zellen" (RZ) nennen, bei denen es sich in der Regel um zu allem entschlossene "Kommandos" von etwa 5 bis 10 Personen handelt, von denen ein Teil in der "legalen Szene", also mit einer bürgerlichen Existenz, abgesichert ist.

Eine weitere Komponente erhält der deutsche Terrorismus durch die immer intensivere Verflechtung mit internationalen Terroristengruppen. Die im März 1977 in Schweden zerschlagene Kommando-Gruppe um Norbert KRÖCHER ließ erneut die Fortsetzung der Bemühungen erkennen, durch "Druck von außen" das unveränderte taktische Nahziel, die "Befreiung der inhaftierten Kader", zu erreichen.

Die Terroristenszene in der Bundesrepublik Deutschland hat sich nach alledem in den zurückliegenden Monaten weiter kompliziert. Ihre Erkennung und Bekämpfung durch die Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern beansprucht oberste Priorität. Die von ihr ausgehende unmittelbare Gefährdung der inneren Sicherheit wird erst dann unter Kontrolle gebracht und schließlich beseitigt werden können, wenn die Kräftezufuhr für Terroristen aus dem noch immer schwer zu umgrenzenden Sympathisantenfeld durch umfassende und vielschichtige Maßnahmen unterbrochen sein wird.

1.2 Linksextreme Gruppierungen

Stärke und Aktivitäten der in Baden-Württemberg agierenden linksextremen Gruppierungen haben sich gegenüber 1975 nicht entscheidend verändert. Die überregional organisierten Parteien und Vereinigungen der "Alten" und "Neuen Linken" waren unverändert bestrebt, durch zahlreiche - teilweise gewalttätige - Aktionen sowie

durch eine aggressive Agitation ihrem Ziel, der Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, näher zu kommen. Insbesondere die Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 bot diesen Organisationen Gelegenheit, sich darzustellen. Ihre Wahlagitation, die in den Forderungen nach dem "Sturz des Monopolkapitalismus" und der "gewaltsamen Zerschlagung des Staatsapparates" gipfelte, ließ erneut und unverhüllt die verfassungsfeindlichen Absichten dieser linksextremen Organisationen zu Tage treten.

Die Ergebnisse der Bundestagswahl machen allerdings deutlich, daß die Parteien und Zirkel der extremen Linken ihrem Nahziel, "die Masse der Werktätigen an sich zu binden, um mit deren Hilfe etappenweise die revolutionäre Umwälzung in die Wege zu leiten", bislang nicht näher gekommen sind. Die deutsche Bevölkerung hat den linksextremen Parteien erneut eine deutliche Absage erteilt. Auch die Stimmenanteile der Parteien der "Neuen Linken" gingen nur unwesentlich über das Potential des eigenen Sympathisantenkreises hinaus.

Von den Organisationen der "Neuen Linken" konnte lediglich der "Kommunistische Bund Westdeutschland" (KBW) in Baden-Württemberg seine Aktivitäten verstärken und die Zahl seiner Mitglieder erhöhen: ihm gehören nunmehr etwa 900 Personen an (im Bundesgebiet: etwa 2 500). Den anderen maoistisch orientierten Parteien - "Kommunistische Partei Deutschlands" (KPD), "Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten" (KPD/ML) und "Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands" (KABD) - sowie der trotzkistischen "Gruppe Internationale Marxisten" (GIM) ist es dagegen nicht gelungen, ihre Organisationen wesentlich zu stärken. Vielmehr führten heftige Auseinandersetzungen innerhalb der KPD und der KPD/ML zu zahlreichen Ausschlüssen von Mitgliedern und Funktionären. Diese ideologi-

sche und personelle "Säuberung" wirkte sich in der Mitte des Jahres 1976 teilweise geradezu lähmend auf die Aktivitäten beider Parteien aus. Mit erheblichen innerparteilichen Auseinandersetzungen hatte auch der KBW zu kämpfen. Der bereits Anfang 1976 in der KBW-Ortsgruppe F r e i b u r g beginnende "Kampf zweier Linien", der um die Jahresmitte die gesamte Organisation erfaßte, endete erst im Oktober 1976 mit einem Sieg der vom langjährigen Parteisekretär "Joscha" SCHMIERER angeführten "proletarischen Linie". Die Vertreter der unterlegenen "kleinbürgerlichen Linie", darunter leitende Redakteure des Zentralorgans des KBW, wurden gemäßregelt und in Grundeinheiten der Partei zurückversetzt. Der Sieg des extremen Flügels machte endgültig den Weg frei für eine - mittlerweile weitgehend abgeschlossene - Umstrukturierung des KBW im gesamten Bundesgebiet. Diese Neuformierung der Parteistruktur sowie der damit verbundene technische Ausbau der Organisation erforderten finanzielle Aufwendungen von etwa 5,5 Millionen Mark. Dieser Betrag wurde von den Mitgliedern innerhalb weniger Monate aufgebracht.

Mit dieser ideologischen und organisatorischen Neuformierung hat der KBW seine führende Stellung unter den Parteien der "Neuen Linken" weiter festigen können.

Die orthox-kommunistische DKP blieb auch 1976 mit Abstand die zahlenmäßig stärkste politisch extreme Organisation in der Bundesrepublik Deutschland. Sie konnte ihre positive Mitgliederentwicklung - wenn auch gegenüber früheren Jahren deutlich abgeschwächt - weiter fortsetzen und hat nunmehr insgesamt etwa 42 000 eingeschriebene Mitglieder. In Baden-Württemberg blieb ein Mitgliederzuwachs freilich aus: hier zählt die Partei unverändert etwa 3 000 Angehörige.

Erstmals seit Gründung der DKP im Jahre 1968 erschütterten heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen die bislang in gleichbleibender, strikter Parteidisziplin entspringender, Geschlossenheit auftretende Organisation. Anlaß hierfür war insbesondere die Ausbürgerung des Politsängers Wolf BIERMANN aus der DDR. Sowohl der DKP-Partei Vorstand in Düsseldorf als auch der DKP-Bezirksvorstand in Stuttgart, die von der Heftigkeit der Diskussion offenbar völlig überrascht wurden, verteidigten kompromißlos die Haltung der DDR, was den Unmut an der Parteibasis eher verstärkte. Die DKP-Führung hielt sich in dieser Frage genau auf der Linie, auf der sie sich bereits bei der öffentlichen Diskussion über den "Eurokommunismus" bewegt hatte: sie trat von Anfang an allen innerparteilichen Tendenzen in Richtung auf eine eigene, nationale Variante des Kommunismus entschieden entgegen und bestätigte damit erneut ihre totale Abhängigkeit von den kommunistischen Parteien der Sowjetunion und der DDR.

Während die DKP unbeirrt ihre ideologische Linientreue gegenüber Moskau betont, ist die Haltung der maoistischen Organisationen gegenüber den veränderten Verhältnissen in der Volksrepublik China keineswegs einheitlich: während der KBW noch keine eindeutige Position gegenüber der neuen kommunistischen Führung in Peking bezog, stellte sich die KPD inzwischen voll hinter den Nachfolger MAO TSE-TUNGS. Die KPD/ML zog es bislang vor, die seit Jahren bestehenden guten Beziehungen zur Volksrepublik Albanien weiter zu verstärken und sich zugleich von Peking stärker abzugrenzen. So hat der Tod MAOs die seit 1975 - ohne nennenswerten Erfolg - laufenden Gesprächsrunden über eine Vereinigung von KPD und KPD/ML eher gehemmt. Ende 1976 wurden die Fusionsbemühungen beider Parteien endgültig wegen unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten aufgegeben.

2. Organisationen der "Alten Linken"

2.1 "Deutsche Kommunistische Partei" (DKP)

Erstmals seit ihrer Gründung im Jahre 1968 sah sich die DKP 1976 mit teilweise heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen konfrontiert, die auch auf Parteigliederungen der Bezirksorganisation Baden-Württemberg übergriffen. Anlaß für diese, die DKP-Führung offensichtlich völlig überraschenden, parteiinternen Schwierigkeiten waren die Erschießung des italienischen Lastwagen-Fahrers Benito GORGHI am 5. August 1976 durch DDR-Grenzposten sowie die am 16. November 1976 erfolgte Ausbürgerung des Politsängers Wolf BIERMANN aus der DDR. Während der Tod des italienischen Staatsangehörigen, der Mitglied der kommunistischen Partei seines Landes war, erste kritische Diskussionen über Sinn und Berechtigung des "Schießbefehls" auslöste, führte die Ausbürgerung BIERMANNs in mehreren Grundorganisationen der DKP zu heftigen Auseinandersetzungen. Die Kritik von Parteimitgliedern entzündete sich vor allem an der Tatsache der Ausbürgerung selbst, sie richtete sich teilweise aber auch dagegen, daß die DKP-Führung die von der DDR zur Rechtfertigung der Maßnahme angegebenen Gründe pauschal und vorbehaltlos übernahm. Mehrere Parteigliederungen befürchteten zudem, daß durch den "Fall BIERMANN" die von der DKP - in Zusammenarbeit auch mit Angehörigen demokratischer Parteien und Vereinigungen - verstärkt durchgeführte "Kampagne gegen Berufsverbote" geschwächt werde. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen führten zu zahlreichen Austrittsdrohungen, vereinzelt sogar zu Parteiaustritten; in T ü b i n g e n legten zwei Aktivisten ihre Funktionen im Vorstand der DKP-Kreisorganisation nieder. Der Bezirksvorstand der DKP in S t u t t g a r t , der von der Ernsthaftigkeit des Konfliktes zunächst sichtlich überrascht war, versuchte, durch Entsendung höherer Parteifunktionäre klärend und beruhigend auf die Mitglieder an der Basis einzuwirken. Nicht selten waren diese Beauftragten jedoch,

um sich überhaupt durchsetzen zu können, genötigt, die Einhaltung der - für kommunistische Organisationen nach den "Prinzipien des demokratischen Zentralismus" allgemein verbindlichen - strengsten Parteidisziplin zu fordern.

Ungeachtet dieser internen Schwierigkeiten ist die DKP auch 1976 die mitgliederstärkste linksextreme Organisation in der Bundesrepublik Deutschland - so auch in Baden-Württemberg - geblieben. Gegenüber 1975 stieg die Zahl ihrer Mitglieder nach eigenen Angaben von 39 300 auf nunmehr 42 400 (Stand: März 1976). In Baden-Württemberg konnte die orthodox-kommunistische Partei den Stand der Vorjahre von etwa 3000 Mitgliedern halten. Damit hat sich die Mitgliederentwicklung der DKP insgesamt im Vergleich zu der raschen Zunahme Anfang der siebziger Jahre weiter verlangsamt.

Den in Baden-Württemberg bestehenden 23 DKP-Kreisorganisationen (1975 = 22), die direkt dem Bezirksvorstand in S t u t t - g a r t unterstehen, sind insgesamt 103 sogenannte Grundeinheiten nachgeordnet:

Zahl der Grundeinheiten der DKP in Baden-Württemberg		
Orts- und Stadtteilgruppen	Betriebsgruppen	Hochschulgruppen
80	10	13

Die Zunahme der Zahl der DKP-Grundeinheiten in Baden-Württemberg von 91 im Jahre 1975 auf 103 im Jahre 1976 ist teils auf echte Neugründungen, teils aber auch auf die Aufspaltung mitgliederstarker Ortsgruppen in mehrere kleine Einheiten zurückzuführen. So wurde neben anderen die 70 Mitglieder umfassende DKP-Ortsgruppe T ü b i n g e n in drei selbständige Stadtteilgruppen aufgeteilt.

Die Zahl der von der DKP insgesamt herausgegebenen Orts-, Stadtteil-, Betriebs- und Hochschulzeitungen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig von 53 auf 56 (vgl. Anlage 1)

Zahl der DKP-Zeitungen in Baden-Württemberg		
Orts- und Stadtteilzeitungen	Betriebszeitungen	Hochschulzeitungen
33	14	9

Beachtlich ist der starke Rückgang der Zahl der Betriebszeitungen, die von 22 im Jahre 1975 auf nunmehr 14 sank. Der Grund für diesen beträchtlichen Schwund dürfte vor allem in der abnehmenden Bereitschaft der Parteimitglieder zu sehen sein, an der Gestaltung solcher Zeitungen aktiv mitzuwirken, nachdem das eifrige Werben der DKP um die Angehörigen der jeweiligen Betriebe nahezu ohne Resonanz blieb. Funktionäre der DKP-Führungsgremien, die sich besorgt über diese Tendenzen innerhalb der Mitgliedschaft äußerten, wiesen die Grundorganisationen inzwischen energisch darauf hin, daß die Partei die Arbeit in den Betrieben unverändert als "wichtigstes Kampf- und Aufgabenfeld" betrachte. Der Aufbau neuer Betriebsgruppen sowie die personelle Verstärkung bereits aktiver Zellen soll deshalb im Jahre 1977 verstärkt vorangetrieben werden. Diese Kampagne ist Teil eines Ende 1976 beschlossenen sogenannten Parteiaufgebots, das alle DKP-Grundeinheiten verpflichtet, die Gewinnung neuer Mitglieder als vorrangige Aufgabe zu betrachten.

Die DKP versuchte auch 1976 unverändert, durch Aufgreifen aktueller politischer, wirtschaftlicher und sozialer Probleme, sich als "echte Interessenvertreterin der Werktätigen" darzustellen.

REUTLINGEN LINKS

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei
FEBRUAR 1977

BAUSKANDAL IN REUTLINGEN

Renner und Angestellte um Empnose gepöblt

DKP-Aktuell

Zellstoff

Neuer Anschlag auf unsere Arbeitsplätze

DER BENZLER

roter Stern der Anlasser

Ent-(Schleier)-te Profile der Daimler Benz AG

ROTER PFEIL

Zeitung der DKP Mannheim-Bud



UNSER ZÜNDER

DKP Betriebszweigung der Arbeiter und Angestellten des BOSCH-Konzerns

KOPF NICHTS BRINGT

Unzureichender Abschluss im öffentlichen Dienst

Neue Profitwelle

ROTES ECHO

Mitteilungsblatt der Deutschen Kommunistischen Partei Kreis Offenburg 6. Jahrgang Nr. 8

FREIHEITSAPOSTEL

John De(er) Schlepper

1. Mai 1976: Kampftag der Arbeiterklasse von besonderer Bedeutung

DKP AKTUELL

FÜR DIE REUTLINGER METALLBETRIEBE

BETRIEBSZEITUNG DER DKP REUTLINGEN

Wieviel einer mehr...

UZ unsere zeit

Die Zeitung der arbeitenden Menschen - Zeitung der DKP

5. Jahrgang Nr. 88 Montag, den 25. April 1977

roter stern

TRAVERSLEUTE VON TERTÜRCKHEIM GEGEN 6.9%

Der Daimler-Benz-Konzern hat sich für die Erhöhung der Löhne in den Betrieben der Daimler-Benz AG um 6,9% entschieden...

DGB-Jugendaktion für mehr Lehrstellen

Unternehmer und Politiker manipulieren die Statistik

München, UZ - Junge Gewerkschafter der Bundesweit...

Sport am Meer

Banz sei

ROT KURIER

IST BEI BYK GULDEN ALLES KLAR?

DER BENZLER

1975: Ein Supergeschäftsjahr für Daimler-Benz



Small text block at the bottom right, possibly a notice or advertisement.

Besonders auf lokaler Ebene hat die DKP ihre Bemühungen weiter verstärkt, durch populäre kommunalpolitische Initiativen ihren Einfluß zu steigern. Sie griff dabei Probleme der Stadtsanierung und Verkehrsplanung auf, kritisierte kommunale Haushaltssatzungen oder führte - wie in T ü b i n g e n - eine Unterschriftensammlung für die Abschaffung der Einwohnersteuer durch. Daneben agitierte sie mit großem publizistischem Aufwand - wenn auch weniger aggressiv als die maoistischen Gruppen - gegen den Bau des Kernkraftwerkes in W y h l . Im Rahmen der überregional geführten Kampagne griff die DKP auch in Baden-Württemberg weiter massiv die "verfassungswidrigen Berufsverbote und die hemmungslose Gesinnungsschnüffelei" an und warf den staatlichen Institutionen in diesem Zusammenhang fortwährende "Verletzung der Normen des Grundgesetzes" vor.

Diese vielfältigen Aktivitäten der DKP sollten insbesondere die Beteiligung der Partei an der Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 unterstützen. Bezeichnend für die Bedeutung, die die DKP dieser Wahl beimaß, war die große Zahl ihrer Kandidaten: Die Partei stellte in allen 36 Wahlkreisen Baden-Württembergs Direktkandidaten auf und nominierte weitere 40 Bewerber auf der Landesliste. Trotz eines aufwendig geführten Wahlkampfes erreichte die DKP jedoch keine spürbare Erhöhung ihres Stimmenanteils im Vergleich zur Bundestagswahl 1972 (vgl. Übersicht 1).

Im Bundesgebiet erhielt sie insgesamt 118 581 Zweitstimmen (= 0,3 %), das waren lediglich 4 690 Stimmen mehr als 1972. In Baden-Württemberg sank der Zweitstimmenanteil sogar um 765 auf 12 524 Stimmen (= 0,2 %).

Günstiger schnitt die DKP bei den Erststimmen ab: im Bundesgebiet erzielte sie insgesamt 170 859 Stimmen, 24 597 mehr als 1972. In Baden-Württemberg konnte sie 2 340 Erststimmen hinzu-

gewinnen und damit 19 147 Stimmen auf sich vereinigen.

Zur Finanzierung der Parteiarbeit, insbesondere des Wahlkampfes, konnte die DKP auch 1976 wieder auf erhebliche finanzielle Mittel zurückgreifen, deren Höhe mindestens den 1975 von der Partei erzielten Einnahmen entsprach. Nach dem im Bundesanzeiger Nr. 127 vom 16. November 1976 veröffentlichten Rechenschaftsbericht hatte die DKP im Jahre 1975 Gesamteinnahmen von über 12 Millionen DM nachgewiesen, von denen auf die DKP-Bezirksorganisation Baden-Württemberg nahezu 900 000 DM entfielen.

Einnahmen der DKP-Bezirksorganisation Baden-Württemberg im Jahre 1975

Mitgl.- beitr.	Beitr. von Mandats - trägern	Einnahmen aus Veranstaltungen Vertrieb v. Druckschr. u.ä.	Spenden	Kredite	Sonst. Einnahmen	Gesamt- Ein- nahmen
139 694	8 028	203 063	458 386	4 000	65 951	879 123

Nach gesicherten Erkenntnissen muß jedoch unverändert davon ausgegangen werden, daß die DKP eine beträchtliche finanzielle Unterstützung insbesondere durch die DDR erhält. Diese Zuwendungen dürften im Jahre 1976 weit mehr als 30 Millionen DM betragen haben.

Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 8. Deutschen Bundestag am
3. Oktober 1976

Wahlergebnis im Bundesgebiet

	Bundestagswahl 1976 Zweitstimmen		Bundestagswahl 1972 Zweitstimmen	
	Zahl	%	Zahl	%
NPD	122 661	0,3	207 465	0,6
DKP	118 581	0,3	113 891	0,3
KBW	20 018	0,1	-	-
KPD	22 714	0,1	-	-
GIM	4 759	0,0	-	-
EAP	6 811	0,0	-	-

Wahlergebnis in Baden-Württemberg

	Bundestagswahl 1976 Zweitstimmen		Bundestagswahl 1972 Zweitstimmen	
	Zahl	%	Zahl	%
NPD	23 411	0,4	40 580	0,8
DKP	12 524	0,2	13 289	0,2
KBW	3 842	0,1	-	-
KPD	2 881	0,1	-	-
GIM	2 050	0,0	-	-
EAP	978	0,0	-	-

Teilnahme politisch extremer Parteien an der Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 - Endgültiges Ergebnis -
gültige Zweitstimmen

Wahlkreise	NPD	DKP	KBW	KPD	GIM	EAP
164 Stuttgart I	457	458	32	102	56	34
165 Stuttgart II	337	391	55	48	60	24
166 Stuttgart III	386	337	69	77	58	32
167 Ludwigsburg	849	347	97	54	107	18
168 Heilbronn	723	276	83	80	35	19
169 Leonberg-Vaihingen	751	365	53	95	74	39
170 Nürtingen	835	312	38	82	60	32
171 Esslingen	464	372	33	59	90	14
172 Göppingen	542	279	20	76	38	19
173 Ulm	570	297	29	55	26	28
174 Aalen-Heidenheim	520	404	27	70	38	29
175 Schwäb.Gmünd-Backnang	826	366	35	94	40	26
176 Crailsheim	802	192	47	38	20	23
177 Waiblingen	594	299	100	47	43	37
178 Karlsruhe-Stadt	856	504	171	175	22	26
179 Mannheim I	602	655	268	153	39	41
180 Mannheim II	682	462	177	55	67	21
181 Heidelberg-Stadt	691	389	663	69	148	21
182 Pforzheim-Karlsruhe-Land I	611	372	90	79	36	32
183 Bruchsal-Karlsruhe-Land II	918	272	83	62	40	20
184 Heidelberg-Land-Sinsheim	823	231	216	67	52	32
185 Tauberbischofsheim	649	195	97	64	27	25
186 Konstanz	529	406	120	85	46	19
187 Donaueschingen	896	253	61	103	28	28
188 Waldshut	575	284	39	74	22	32
189 Lörrach-Müllheim	732	396	50	90	31	30
190 Freiburg	431	411	391	121	163	13
191 Emmendingen-Wolfach	344	265	111	111	40	25
192 Offenburg	678	389	81	63	37	25
193 Rastatt	634	305	64	62	64	27
194 Reutlingen	731	773	102	118	236	22
195 Calw	762	285	50	82	55	30
196 Rottweil	681	226	25	68	26	24
197 Balingen	901	284	43	83	41	35
198 Biberach	537	211	59	60	30	36
199 Ravensburg	492	261	163	60	55	40
	23.411	12.524	3.842	2.881	2.050	978

Trotz ihres angeblich "sozialen und demokratischen Kampfes" machte die DKP auch in den zurückliegenden Monaten keinen Hehl daraus, daß sie in enger Anlehnung an die kommunistischen Parteien in der Sowjetunion und in der DDR langfristig auf die "grundlegende Veränderung der Besitz- und Machtverhältnisse" in der Bundesrepublik Deutschland hinzuarbeiten gewillt ist. Dieses Ziel könne - so die DKP - letztlich nicht mit Reformen, sondern nur mit dem Mittel des "Klassenkampfes" erreicht werden. Der im März 1976 wiedergewählte Parteivorsitzende MIES bekräftigte die linksextreme Zielsetzung seiner Partei:

"Eher ... geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß die DKP für den Lohn 'bürgerlicher Salonfähigkeit' auch nur einen Fußbreit abweicht von den Lehren von MARX, ENGELS und LENIN..."

2.2 "Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" (SDAJ)

Die SDAJ hat sich 1976 erneut mit Nachdruck für die Errichtung einer "sozialistischen Bundesrepublik Deutschland" eingesetzt und mit bemerkenswerter Offenheit die führende Rolle der DKP anerkannt. In dem auf dem V. Bundeskongreß der SDAJ in Frankfurt im Dezember 1976 verabschiedeten jugendpolitischen Programm "Aktion unsere Zukunft" wurde betont, die SDAJ sei als "marxistische Jugendorganisation" eng mit der DKP verbunden, der einzigen Partei, die für den Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland streite. In enger Anlehnung an die DKP bekräftigte die SDAJ in ihrem Aktionsprogramm ihr Bekenntnis zu den "sozialistischen Ideen von MARX, ENGELS und LENIN" sowie zum "entschiedenen Klassenkampf". Die enge Verbindung zur DKP wurde anlässlich der Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 besonders deutlich, als die SDAJ unter anderem auch in Baden-Württemberg unter dem Motto "Jugend will Arbeit und Bildung, Freiheit durch Sozialismus! DKP wählen!" vorbehaltlos zur Wahl der DKP aufrief.

Trotz gesteigerter Propagandatätigkeit und massiver Unterstützung durch die DKP ist es der SDAJ nicht gelungen, ihr Mitgliederpotential in Baden-Württemberg zu vergrößern. Dem Landesverband gehören unverändert etwa 800 - 1000 Personen an, die in etwa 30 Ortsverbänden und Ortsgruppen organisiert sind. Einige Ortsverbände sind in mehrere Stadtteilgruppen untergliedert. Wie die DKP, mißt auch die SDAJ ihrem Pressewesen große Bedeutung bei: im Jahre 1976 erschienen - teilweise sporadisch - 7 Orts-, 17 Lehrlings-, 3 Schüler- und 6 Betriebszeitungen.

Die intensiven Bemühungen der SDAJ, in den Bundesjugendring als Mitglied aufgenommen zu werden, blieben auch 1976 ohne Erfolg: Ein erneuter Aufnahmeantrag wurde vom Bundesjugendring im November 1976 wiederum abgelehnt. Immerhin kann die orthodox-kommunistische Jugendorganisation auf örtlicher Ebene gewisse Infiltrationserfolge verzeichnen: in Baden-Württemberg ist die SDAJ gegenwärtig in 12 Stadtjugendringen (B a d e n - B a d e n , H e i d e l b e r g , H e i d e n h e i m , H e i l - b r o n n , K a r l s r u h e , K o n s t a n z , L a h r , M a n n h e i m , P f o r z h e i m , R e u t l i n g e n , S t u t t g a r t , T u t t l i n g e n) - gegenüber 8 im Jahr 1975 - und unverändert in zwei Kreisjugendringen (H e i l - b r o n n und K o n s t a n z) vertreten.

Schwerpunktmäßig widmete sich die SDAJ 1976 den Problemen der "Arbeits- und Lebensverhältnisse der Jugend", insbesondere den angeblich schlechten Arbeitsbedingungen der Jungarbeiter und Lehrlinge und den "Auswirkungen der Jugendarbeitslosigkeit". Generell war die Organisation bestrebt, sich gegenüber anderen kommunistischen Gruppierungen als die konsequenteste Verfechterin jugendpolitischer Belange zu profilieren. Gleichzeitig suchte sie Kontakte zu den "demokratischen Jugendverbänden", um - ganz im Einklang mit der Taktik der DKP - über Aktionsbündnisse ihren Einflußbereich zu vergrößern.

2.3 "Junge Pioniere - Sozialistische Kinderorganisation" (JP)

Die 1974 mit Unterstützung der DKP gebildete überregionale Kinderorganisation "Junge Pioniere" (JP) konnte die Zahl ihrer örtlichen Stützpunkte in Baden-Württemberg von 7 im Jahre 1975 auf nunmehr 10 erhöhen. Diesen JP-Gruppen gehören inzwischen etwa 90 Mitglieder an, zumeist Kinder von DKP- und SDAJ-Angehörigen. Der Information und Werbung dienen vier in unregelmäßiger Folge erscheinende Mitteilungsblätter.

Neben der DKP unterstützt vor allem die SDAJ die "große Aufgabe" der JP-Gruppen, "für ein glückliches Leben und eine gesicherte Zukunft der Kinder" einzutreten. Wie die DKP und die SDAJ pflegen auch die JP-Gruppen enge Kontakte zu den "befreundeten kommunistischen Organisationen" in der DDR und den Staaten des "sozialistischen Lagers".

3. Organisationen der "Neuen Linken"

3.1 "Kommunistischer Bund Westdeutschland" (KBW)

Der erst 1973 gegründete KBW konnte seine führende Stellung unter den maoistisch orientierten Organisationen im Bundesgebiet weiter ausbauen. Durch eine organisatorische Neugliederung, verbunden mit einem aufwendigen Ausbau des technischen Apparates, wurde die Struktur dieser Kaderpartei erheblich gestrafft. Zugleich gelang es dem KBW, die Zahl seiner Mitglieder von 2 000 im Jahre 1975 auf 2 500 - davon etwa 900 in Baden-Württemberg - im Jahre 1976 zu steigern. Hinzugezählt werden müssen die etwa 3 000 Mitglieder der dem KBW eng verbundenen Hilfs- und Nebenorganisationen, wie der "Kommunistische Jugendverband" (KJV), die "Kommunistische Hochschulgruppe" (KHG), die "Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe" (GUV) sowie die seit einiger

Zeit ihre Aktivitäten erheblich verstärkenden "Soldaten- und Reservistenkomitees" (SRK). Allein die auf der "Grundlage des KBW-Programms" arbeitenden Studentengruppen, in Baden-Württemberg also die "Kommunistischen Hochschulgruppen" (KHG), umfassen im Bundesgebiet etwa 1 600 Angehörige. Dabei muß berücksichtigt werden, daß es sich hierbei um - strengster Parteidisziplin unterworfenen - Aktivisten, um "Kader", handelt, die von einem zahlenmäßig erheblich größeren Sympathisantenfeld gestützt werden.

3.1.1 Der "Kampf zweier Linien" und seine Folgen

Die organisatorische Neugliederung sowie der technische Ausbau des Parteiapparates konnten erst durchgesetzt werden, als der Mitte des Jahres 1976 innerhalb des KBW aufflammende "Kampf zweier Linien" zugunsten der von dem wiedergewählten Parteisekretär Hans-Gerhart SCHMIERER, M a n n h e i m , angeführten "extremen Richtung" entschieden war. Prominenteste "Opfer" dieser innerparteilichen Auseinandersetzungen waren drei führende Funktionäre, die der Redaktion des Zentralorgans "Kommunistische Volkszeitung" (KVZ) in M a n n h e i m angehörten. Sie wurden auf Beschluß des Ständigen Ausschusses des Zentralen Komitees des KBW von ihren Posten abgelöst und als einfache Parteimitglieder in die "Grundeinheiten der Bezirke, in denen sie jetzt wohnen", zurückversetzt und dazu angehalten, ihre "Weltanschauung umzugestalten". In einer vom Ständigen Ausschuss am 2. September 1976 veröffentlichten Erklärung, die den eigentlichen Kern des "Kampfes zweier Linien" offenlegte, wurde den entlassenen Redakteuren "ideologische und politische Abweichung" vorgeworfen, begangen durch Versuche,

"den Klassengegensatz abzustumpfen und den Zusammenstoß zwischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen demokratischer Bewegung und Reaktion abzumildern".

Mit der öffentlich bekanntgegebenen Entlassung der drei Funktionäre räumte der KBW erstmals das Vorhandensein innerparteilicher Richtungskämpfe ein, die in diesem Ausmaß seit der Gründung der Organisation im Jahre 1973 noch nicht zu verzeichnen waren. Im Zuge der Auseinandersetzungen wurden nicht nur Spitzenfunktionäre, sondern auch mehrere führende Angehörige verschiedener Ortsgruppen ihrer Parteiämter enthoben. So wurde bereits im März 1976 der Sekretär der KBW-Ortsgruppe F r e i b u r g, Rechtsanwalt Michael MOOS, als "Häuptling der kleinbürgerlichen Linie" abgewählt.

Die Ausschaltung der "rechten Strömung", die sich angeblich den notwendigen umfangreichen Reformmaßnahmen entgegengestellt hatte, machte den Weg frei für die Durchsetzung der vom Ständigen Ausschuß des Zentralen Komitees des KBW erarbeiteten Pläne.

3.1.2 KBW-Delegiertenkonferenz beschließt umfangreiche Reformmaßnahmen

Die Ende Oktober 1976 in M a n n h e i m durchgeführte 3. ordentliche Delegiertenkonferenz des KBW stimmte den vom Ständigen Ausschuß unterbreiteten Vorschlägen für eine Organisationsreform und den technischen Ausbau des Parteiapparates zu. Die Delegierten bestätigten zugleich Hans-Gerhart SCHMIERER in seinem Amt als Sekretär des KBW sowie die Maßregelung führender Vertreter der "rechten Strömung". Beschlossen wurden unter anderem folgende Maßnahmen, die inzwischen weitgehend vollzogen wurden:

Parteiorganisation:

- Verlegung aller zentralen KBW-Führungsorgane von M a n n h e i m in das "Zentrum der westdeutschen Finanzbourgeoisie", Frankfurt/M. Zu diesem Zweck wurde für etwa 2,5 Millionen Mark in der Frankfurter Innenstadt ein mehrstöckiges Gebäude erworben, das als neuer Sitz der KBW-Zentrale dient.

- Aufbau von drei Regionalverbänden in der Bundesrepublik Deutschland mit Sitz in Hannover (Nord), Köln (Mitte) und München (Süd). Hauptaufgabe der Regionalverbände ist die Herausgabe von Regionalausgaben der "Kommunistischen Volkszeitung" (KVZ), die in einer Gesamtauflage von derzeit 32 000 Exemplaren erscheint.
Die Führungsgremien der Regionalverbände, die "Regionalleitungen", wurden unmittelbar im Anschluß an die 3. Delegiertenkonferenz gewählt.
- Umstrukturierung der Parteigliederung durch den Aufbau von territorial größeren Bezirksverbänden. Der Aufbau von insgesamt 40 Bezirksverbänden im Bundesgebiet, die jeweils von einer gewählten Bezirksleitung geführt werden, ist inzwischen abgeschlossen. In Baden-Württemberg wurden zunächst 6 und durch Zusammenlegung sodann endgültig 5 Bezirksverbände gebildet. Es sind dies (vgl. Übersicht 2)

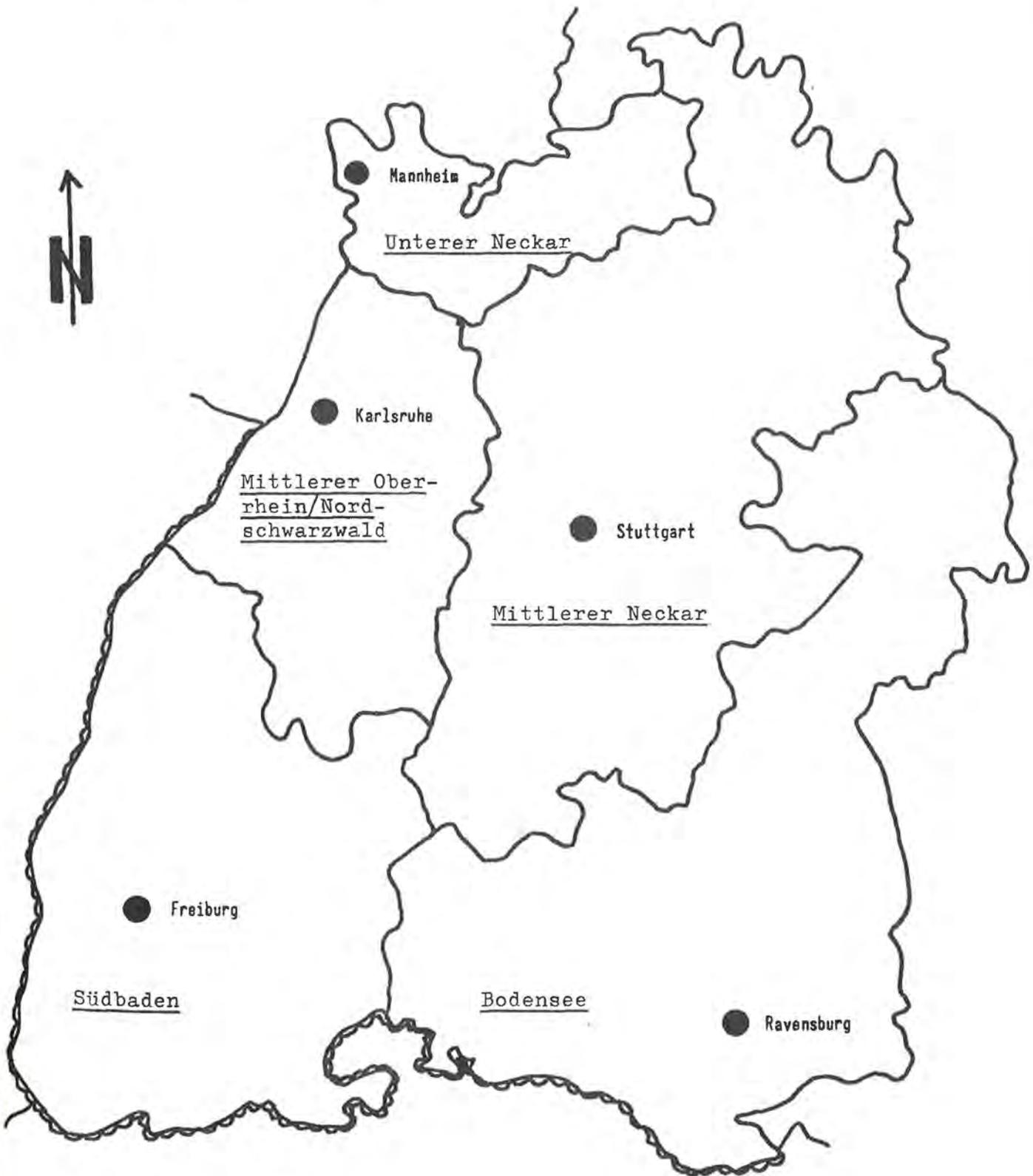
Bezirksverband Unterer Neckar mit Sitz in Mannheim
Bezirksverband Mittlerer Neckar mit Sitz in Stuttgart
Bezirksverband Mittlerer Oberrhein/Hochschwarzwald
mit Sitz in Karlsruhe
Bezirksverband Südbaden mit Sitz in Freiburg
Bezirksverband Bodensee mit Sitz in Ravensburg.

Technischer Ausbau:

- Aufbau eines "Nachrichtenerfassungs- und Nachrichtenverbreitungssystems über das ganze Land". An dieses Informationssystem, zu dem Schreibautomaten zur Text- und Datenfernübertragung gehören, sollen das zentrale Komitee des KBW, die Regionalleitungen und - später - die Bezirksleitungen angeschlossen werden.

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
- Bezirksverbände in Baden-Württemberg -

● = Sitz des Bezirksverbandes



Publikationen:

- Herausgabe des KBW-Zentralorgans "Kommunistische Volkszeitung" (KVZ) in drei Regionalausgaben, deren Verbreitungsgebiet sich jeweils flächenmässig mit den Regionalverbänden deckt. An der Herstellung der Regionalausgaben beteiligen sich die zentrale Redaktion in M a n n h e i m sowie die den Regionalverbänden in Hannover (Nord), Köln (Mitte) und München (Süd) zugeordneten Redaktionen.

Die Ausgabe Süd (für Baden-Württemberg und Bayern) wird in München gedruckt (vgl. Anlage 2).

Diese Massnahmen, die finanzielle Aufwendungen von etwa 5,5 Millionen Mark erforderten, haben die politische und organisatorische Schlagkraft des KBW erheblich erhöht, was sich nicht zuletzt in dem zunehmend militanten Auftreten der Partei niederschlägt. Mit der Reduzierung der Vielzahl kleiner Ortsgruppen, die jetzt als Zellen den Bezirksverbänden angeschlossen sind, der Bildung weniger, aber mitgliederstärkerer Bezirksverbände sowie der Einrichtung von nur drei Regionalverbänden schuf sich das Zentrale Komitee des KBW die organisatorischen Voraussetzungen für die Stärkung seiner Kontroll- und Leitungsfunktionen.

3.1.3 Mitgliederbewegung

Der KBW konnte in Baden-Württemberg die Zahl seiner Mitglieder von etwa 800 im Jahre 1975 auf nahezu 900 im Jahre 1976 steigern. Hinzu kommen noch einige Hundert Angehörige der Neben- und Hilfsorganisationen der Partei. Dennoch verlief die Mitgliederentwicklung im Jahre 1976 für den KBW nicht mehr so positiv wie in den vorausgegangenen Jahren. Die Partei musste sogar eine Reihe von Parteiaustritten hinnehmen: Der "Kampf zweier Linien", die den Angehörigen abverlangte ständige Einsatzbereitschaft und die geforderten erheblichen finanziellen Opfer führten bei einer Reihe von Mitgliedern zur Auf-

gabe der Parteiarbeit. In Baden-Württemberg wurde die personelle Kapazität zudem dadurch belastet, dass zahlreiche Mitglieder und Funktionäre im Zuge der Umstrukturierung der Partei in andere Bundesländer, vor allem nach Bayern, abgeordnet wurden.

Zu den mitgliederstärksten KBW-Bezirksverbänden in Baden-Württemberg gehören der Bezirksverband Unterer Neckar (Raum Mannheim/Heidelberg) mit etwa 500 Mitgliedern und der Bezirksverband Südbaden mit etwa 150 Angehörigen. Auf örtlicher Ebene zählen unverändert die Ortszellen H e i d e l b e r g (120 Mitglieder), M a n n h e i m (100 Mitglieder) und F r e i - b u r g (90 Mitglieder) zu den zahlenmässig grössten und aktivsten Grundeinheiten der Partei in Baden-Württemberg.

3.1.4 Aktivitäten

Der KBW hat in Baden-Württemberg - im Gegensatz zu den übrigen maoistisch orientierten Parteien - seine Aktivitäten erheblich gesteigert. Anlaß hierfür boten vor allem die Landtagswahl am 4. April 1976 und die Bundestagswahl am 3. Oktober 1976, an denen sich der KBW jeweils mit eigenen Kandidaten beteiligte. Vor allem während der von ihm mit äußerster Aggressivität geführten Wahlkämpfe scheute der KBW vor militanten und rechtswidrigen Aktionen nicht zurück. Zu den 1976 in Baden-Württemberg festgestellten 141 rechtswidrigen Aktionen, die vom KBW ausgingen oder an denen er und seine Nebenorganisationen beteiligt waren, gehörten neben Farbschmierereien und wilden Plakatierungsaktionen insbesondere die Errichtung nicht genehmigter Informationsstände, die Durchführung nicht angemeldeter Aufzüge, die Störung von Wahlveranstaltungen demokratischer Parteien sowie Widerstandshandlungen gegen Vollzugsbeamte. Ferner wurden zahlreiche Publikationen beleidigenden und verunglimpfenden Inhalts verbreitet. Allein 71 der rechtswidrigen

Aktionen ereigneten sich im Raum Heidelberg - Mannheim e i m , ein weiterer Schwerpunkt war Freiburg . Zu den militantesten Aktionen zählten:

- 14.1.1976 Störung eines Vortrags des Bundestagsvizepräsidenten von HASSEL in der Universität Freiburg
- 19.1.1976 Störung eines Referats des CDU-Vorsitzenden Dr. KOHL in der Universität Freiburg
- 6.3.1976 Störung einer CDU-Wahlveranstaltung mit Ministerpräsident Dr. FILBINGER in Freiburg
- 31.3.1976 Störung einer SPD-Wahlveranstaltung mit dem Parteivorsitzenden BRANDT in Freiburg
- 9.5.1976 Massive Störaktionen anlässlich der Oberbürgermeister-Wahl in Heidelberg
- 18.8.1976 Störung einer Verhandlung vor dem Landgericht Heidelberg .

Im Mittelpunkt der öffentlichen Aktivitäten des KBW in Baden-Württemberg stand die Vorbereitung der Bundestagswahl vom 3. Oktober 1976. Es gelang ihm, in immerhin 19 der 36 Wahlkreise Baden-Württembergs Direktbewerber aufzustellen und 10 Kandidaten auf der Landesliste zu nominieren. Nach der DKP konnte der KBW damit unter den linksextremen Parteien in Baden-Württemberg die größte Zahl an Bundestagskandidaten aufbieten. Seine Bereitschaft zur Beteiligung an der Bundestagswahl 1976 erläuterte der KBW wie folgt:

"Der Kommunistische Bund Westdeutschland beteiligt sich an den Bundestagswahlen 1976. Der KBW tut dies, um den bürgerlichen Parteien auch auf diesem Kampffeld gegenüberzutreten und den Wahlkampf für die Verankerung der Auffassungen der Kommunisten und ihres Programms zu nutzen..."

Trotz vielfältiger Wahlkampfaktivitäten blieb das erzielte Ergebnis weit hinter den Erwartungen der Partei zurück: mit

insgesamt 20 018 Zweitstimmen (= 0,1 %) erhielt der KBW sogar 2 600 Stimmen weniger als die maoistische KPD. In Baden-Württemberg errang er 3 842 Zweitstimmen (= 0,1 %) - die KPD immerhin 2 881 Stimmen - und blieb damit deutlich unter der bei der Landtagswahl am 4. April 1976 erzielten Stimmenzahl; allerdings hatte bei dieser Wahl die KPD nur in zwei Wahlkreisen kandidiert.

Ergebnis der Bundestagswahl am 3. Oktober 1976

- Kommunistischer Bund Westdeutschland -

	Erst- stimmen Anzahl	%	Zweit- stimmen Anzahl	%
Bundesgebiet insgesamt	21 414	0,1	Bundesgebiet insgesamt	20 018 0,1
Baden- Württemberg	4 631	0,1	Baden- Württemberg	3 842 0,1

Die Einzelergebnisse (vgl. Übersicht 1) zeigen, daß der KBW in den Wahlkreisen

Heidelberg-Stadt 907 Erststimmen und 663 Zweitstimmen
(0,6 %) (0,4 %)

Freiburg 442 Erststimmen und 391 Zweitstimmen
(0,3 %) (0,2 %)

Mannheim I 311 Erststimmen und 268 Zweitstimmen
(0,3 %) (0,2 %)

- wie bereits bei der Landtagswahl - überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen konnte. Die zahlenmäßig großen Ortszellen und die starken Nebenorganisationen des KBW in Heidelberg, Mannheim und Freiburg dürften ursächlich für das relativ gute Abschneiden in diesen Wahlkreisen gewesen sein.

3.1.5 Die sogenannten "Massenorganisationen" des KBW

Die Nebenorganisationen des KBW, der "Kommunistische Jugendverband" (KJV), die "Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe" (GUV) und die "Kommunistischen Hochschulgruppen" (KHG), haben ihre Bemühungen unverändert fortgesetzt, durch zahlreiche Initiativen den eigenen politischen Aktionsradius zu vergrößern und durch Beteiligung an KBW-Aktionen die Partei selbst zu unterstützen. Im Gegensatz zur KHG, die inzwischen an allen Universitäten des Landes mit eigenen Gruppen vertreten ist, erfuhren die GUV und der KJV keine wesentliche organisatorische oder personelle Kräftigung. Auch verschiedene Umstrukturierungen innerhalb der GUV sowie die Auflösung der KBW-Schülergruppen und deren Überführung in den im Frühjahr 1976 gleichfalls umorganisierten KJV konnten die Weiterentwicklung dieser Gruppen nicht vorantreiben. Der KBW versucht deshalb seit Beginn des Jahres 1977, seine Nebenorganisationen dadurch zu stärken, daß er deren Grundeinheiten in Bezirksverbänden - entsprechend den KBW-Bezirksverbänden - zusammenfaßt. Diese organisatorischen Maßnahmen sind inzwischen auch auf die vom KBW gesteuerten "Soldaten- und Reservistenkomitees" ausgedehnt worden.

3.2 "Kommunistische Partei Deutschlands" (KPD)

Die vom Regionalkomitee Baden-Württemberg der KPD in S t u t t g a r t angeleiteten Parteigliederungen haben ihre Aktivitäten im Jahre 1976 zwar unvermindert fortgesetzt, doch war insgesamt eine Zunahme der Aktionen gegenüber dem Jahre 1975 nicht zu verzeichnen. Lediglich in der zweiten Hälfte des Jahres 1976 wurden von der Partei mehrere größere öffentliche Veranstaltungen durchgeführt, die jedoch überwiegend mit der Kandidatur der KPD zur Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 im Zusammenhang standen. Unter anderem handelte es sich um folgende Veranstaltungen:

18. August 1976 in Stuttgart: "Veranstaltung anlässlich des 20. Jahrestages des KPD-Verbots" mit etwa 70 Teilnehmern
21. August 1976 in Stuttgart: "Kundgebung gegen den russischen Sozialimperialismus" mit 60 Teilnehmern
28. August 1976 in Stuttgart: Demonstration "Kampf gegen den imperialistischen Krieg" mit etwa 200 Teilnehmern (beteiligt war auch die KPD/ML)
15. September 1976 in Stuttgart: Veranstaltung zum Tode von MAO TSE-TUNG mit 170 Teilnehmern
6. November 1976 in Stuttgart: Kundgebung gegen das Strafverfahren vor dem Amtsgericht Stuttgart-Bad Cannstatt gegen Parteiangehörige mit etwa 120 Teilnehmern
19. Dezember 1976 in Stuttgart: China-Veranstaltung mit etwa 450 Personen (teilweise KPD-Angehörige aus Bayern)
5. Februar 1977 in Mannheim: China-Veranstaltung mit 150 Teilnehmern.

Die teilweise gut besuchten öffentlichen Versammlungen können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der angestrebte weitere Ausbau der Parteiorganisation in Baden-Württemberg nicht erreicht wurde. Es gelang der KPD nicht, neue Stützpunkte zu errichten. So konzentrierte sie ihre Bemühungen auf die bereits seit Jahren aktiven Gruppen in (vgl. Übersicht 3):

Stuttgart (KPD-Ortsleitung),
Mannheim/Ludwigshafen (KPD-Ortsleitung),
Karlsruhe (KPD-Ortsleitung),
Freiburg (KPD-Parteikomitee),
Lörrach,
Villingen-Schwenningen,
Tübingen,
Reutlingen und
Heidelberg.

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)

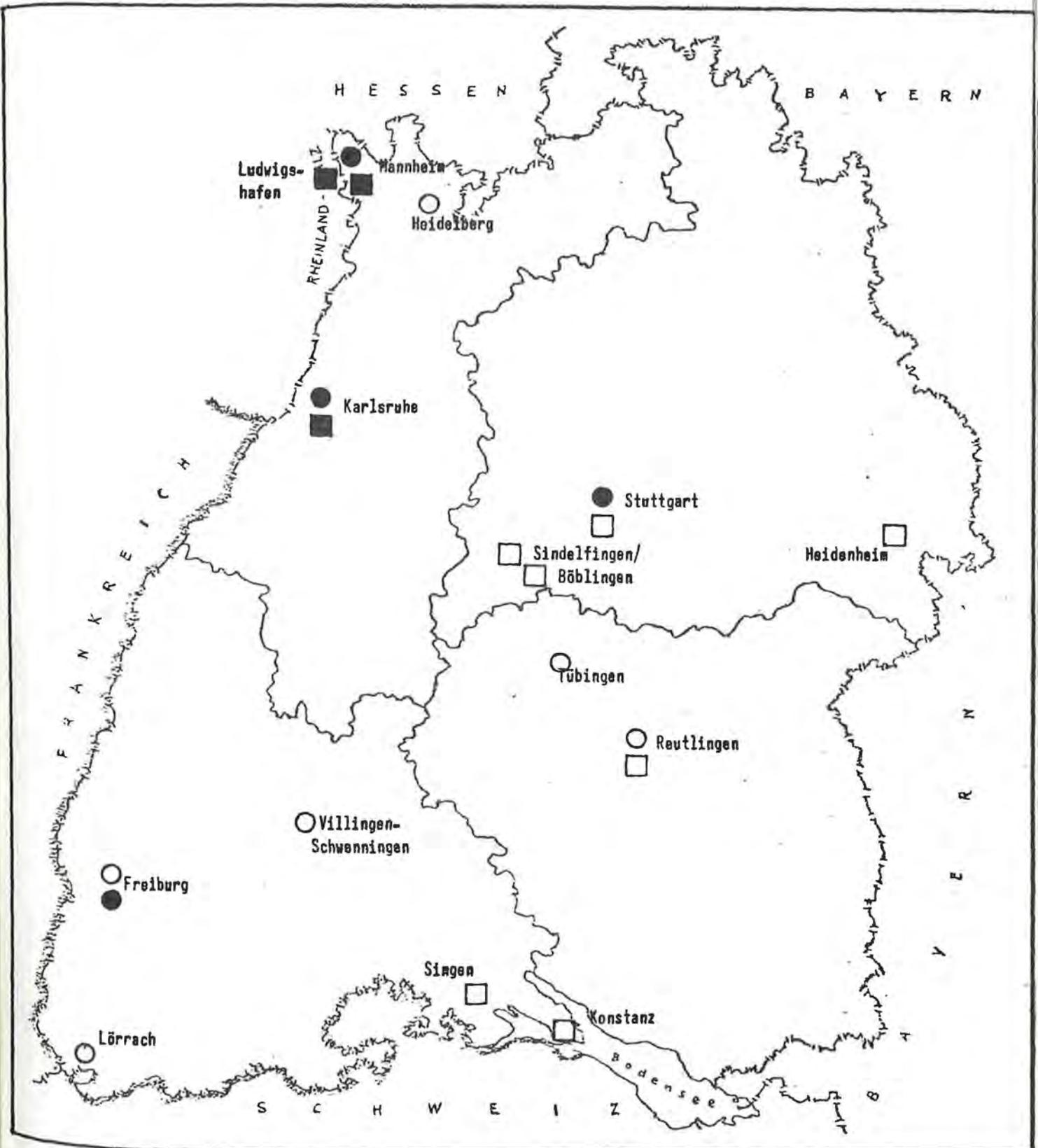
- Gruppen in Baden-Württemberg -

● KPD - Ortsleitungen (Parteikomitees)

□ Gruppen des Landesverbandes Baden-Württemberg der KPD/ML

○ KPD - Sympathisantengruppen

■ Gruppen des Landesverbandes Südwest der KPD/ML



Stand: Dezember 1976



Im Zusammenhang mit der auch 1976 anhaltenden Agitation gegen den geplanten Bau des Kernkraftwerkes in W y h l wurden die Freiburger Sympathisantengruppe in ein Parteikomitee umgewandelt und zugleich die KPD-Bezirksleitung Südbaden in F r e i - b u r g eingerichtet. Beide Maßnahmen haben jedoch keine erkennbare Stärkung der Organisation bewirkt.

Der ins Stocken geratene Ausbau der KPD-Parteiorganisation in Baden-Württemberg spiegelte sich auch in der gegenüber 1975 kaum veränderten Zahl der Mitglieder und aktiven Anhänger der Partei: Der KPD einschließlich ihrer Neben- und Hilfsorganisationen sind gegenwärtig etwa 200 Angehörige zuzurechnen. Dem ohnehin geringen Zugang an Neumitgliedern standen zahlreiche Ausschlüsse von Mitgliedern und bekannten Funktionären gegenüber, die Mitte des Jahres 1976 im Zusammenhang mit innerparteilichen Auseinandersetzungen die Organisation verlassen mußten.

Auch in der Betriebsarbeit, die die KPD mit der Verbreitung zahlreicher Publikationen und Betriebszeitungen (vgl. Anlage 3) zu forcieren versuchte, stieß die Partei bei Arbeitern und Lehrlingen kaum auf Resonanz. Um die vorhandenen Mitgliederkader noch stärker an die Partei zu binden und den direkten Kontakt zu den Sympathisanten zu vertiefen, führte die KPD 1976 regelmäßig politische Schulungen durch, die vom Stuttgarter Regionalkomitee im Rahmen der "Marxistischen Arbeiterschulung" (MASch) organisiert wurden.

Die ohnehin mit innerparteilichen Schwierigkeiten kämpfende Partei mußte 1976 erneut bei öffentlichen Wahlen feststellen, daß sie keine Resonanz in der Bevölkerung findet. Die von der KPD bei der Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 in Baden-Württemberg errungenen 2 881 Zweitstimmen (= 0,1 %) unterstrichen eindringlich den geringen Rückhalt der Partei in der Bevölkerung des Landes (vgl. Übersicht 1).

Die in Baden-Württemberg aktiven Gliederungen der Hilfs- und Nebenorganisationen der KPD, insbesondere die Vereinigungen

"Kommunistischer Jugendverband Deutschlands" (KJVD)

"Kommunistischer Studentenverband" (KSV)

"Liga gegen den Imperialismus"

"Rote Hilfe e.V." (RH)

"Bund Sozialistischer Lehrer und Erzieher" (BSLE)

"Vereinigung Sozialistischer Kulturschaffender"
(VSK),

haben 1976 ihre Aktivitäten fortgesetzt. Insbesondere unterstützten sie die Partei publizistisch bei den Landtagswahlen am 4. April 1976 und bei der Bundestagswahl am 3. Oktober 1976. Eine Verbreiterung ihrer Aktionsbasis ist diesen Gruppierungen jedoch nicht gelungen.

3.3 "Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten" (KPD/ML)

Ähnlich wie der KPD gelang es auch der KPD/ML nicht, ihre Organisation in Baden-Württemberg weiter auszubauen und ihre Aktivität wesentlich zu steigern. Vielmehr führten zahlreiche Ausschlüsse von Mitgliedern und Funktionären im Zusammenhang mit einer mehrere Monate dauernden "Säuberungsaktion" zumindest zeitweise zu einer Schwächung der Partei. Die KPD/ML ging sogar so weit, langjährige Funktionäre der Partei in "Steckbriefen" öffentlich als "Spitzel" zu brandmarken.

Diese inneren Schwierigkeiten, die zeitweise die Arbeit ganzer Parteigliederungen lähmten, waren unter anderem ursächlich dafür, daß die KPD/ML die Zahl ihrer Stützpunkte in Baden-Württemberg nur geringfügig von acht auf neun erhöhen konnte. Die Gruppen in M a n n h e i m und K a r l s r u h e sind dem Landesverband

KOMMUNISTISCHE ARBEITERPRESSE

KPD

Für ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Deutschland!

der rote KIPPHEBEL

Zeitung der Betriebszelle (Daimler-Benz) der KPD

- Sofortige Aufhebung des Werksvertrages
- Keine Kündigung von Gerhard Röhner!
- Weg mit dem Gewerkschaftsleiter
- Sofortige Bestätigung als

die Triebachse

1. Jahrg. Nr. 2

ZEITUNG DER ZELLE DAIMLER BENZ
Vorstand: H. Kroll; Stützpunkt: Fabrikstr. 152
KPD Büro Mannheim Alpbachstr. 6 Tel. 374637

1. Mai: Der Internationale Kampftag der Arbeiterklasse und der Völker der Welt!

Demonstriert unter roten Fahnen!



1. Mai KPD

Für ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Deutschland!

1. Mai Demonstration der KPD
STUTTGART Abfahrt 10 Uhr
Alte Messplatz
Hörsingplatz
Demonstration des
Opposit. Gewerksch.



Rote Pümppe

BETRIEBSZEITUNG DER ZELLE DAIMLER BENZ NR. 2

Jetzt Kampf um Lohnnachschat!

Der Kampf um den Lohnnachschat ist ein Kampf um die materielle Grundlage der Arbeiterklasse. Er ist ein Kampf um die Möglichkeit, den Lebensstandard zu verbessern und die soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen. Die Arbeiterklasse muss sich für die Durchsetzung ihrer Forderungen einsetzen und die Unterstützung der Gewerkschaften suchen.

Die Arbeiterklasse muss sich für die Durchsetzung ihrer Forderungen einsetzen und die Unterstützung der Gewerkschaften suchen. Die Arbeiterklasse muss sich für die Durchsetzung ihrer Forderungen einsetzen und die Unterstützung der Gewerkschaften suchen.

KPD



Der Durchschlag

Zelle Daimler/Untertürkheim der KPD
22. Oktober 1976

Den Daimler Kapitalisten einen heißen Herbst!

Die Lohnkämpfe sind ein Kampf um die materielle Grundlage der Arbeiterklasse. Er ist ein Kampf um die Möglichkeit, den Lebensstandard zu verbessern und die soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen. Die Arbeiterklasse muss sich für die Durchsetzung ihrer Forderungen einsetzen und die Unterstützung der Gewerkschaften suchen.

KPD Zelle Daimler-Benz Stuttgart

Nr. 9 März 1977



Die Triebachse

TECHNISCHER FORTSCHRITT ODER ABWANDERUNG DES MENSCHLICHEN LEBENS?

Der technische Fortschritt ist ein zweischneidiges Schwert. Er kann die Lebensbedingungen verbessern, aber er kann auch zu einer Entfremdung des Menschen von seiner Arbeit und von sich selbst führen. Die Arbeiterklasse muss sich für die Durchsetzung ihrer Forderungen einsetzen und die Unterstützung der Gewerkschaften suchen.

BETRIEBSZEITUNG DER KPD für die Belegschaft von SINGER

INHALT: 5.2 ... 5.4 ... 5.7 ... 5.9 ...

vorwärts mit der ROTEN FAHNE

2000 Freunde und Genossen nahmen am 20.12.75 teil an der ROTEN FAHNE - Großveranstaltung in Necklitzhausen. Genosse Will Jasper, verantwortlicher Redakteur der ROTEN FAHNE und Mitglied des ZK, führte noch einmal die Roten Fahne vor den Völkern der Welt in Jahr 1975 zusammen und richtete die Roten Fahne in den Kampf für ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Deutschland.

Der KPD-Hammer

Der 96 Zelle Bosch-Feuerbach der KPD Nr. 2

KAMPF DER POLITISCHEN UNTERDRÜCKUNG IN BEIDEN DEUTSCHEN STAATEN!



Nieder mit der Unterdrückung sozialfaschistischen in der DDR!

Die Arbeiterklasse muss sich für die Durchsetzung ihrer Forderungen einsetzen und die Unterstützung der Gewerkschaften suchen. Die Arbeiterklasse muss sich für die Durchsetzung ihrer Forderungen einsetzen und die Unterstützung der Gewerkschaften suchen.

Südwest mit Sitz in Mannheim und die Gruppen in Stuttgart, Sindelfingen, Böblingen, Heidenheim, Reutlingen, Singen und Konstanz dem Landesverband Baden-Württemberg der KPD/ML mit Sitz in Stuttgart zugeordnet (vgl. Übersicht³).

Der KPD/ML dürften in Baden-Württemberg, die Mitglieder ihrer Jugendorganisation "Rote Garde" sowie der Hilfsorganisation "Rote Hilfe Deutschlands" (RHD) eingeschlossen, etwa 150 bis 180 aktive Anhänger zuzurechnen sein.

Ein Großteil der von der KPD/ML und ihren Hilfs- und Nebenorganisationen im Lande initiierten Veranstaltungen, Demonstrationen und Kundgebungen konzentrierte sich auf Stuttgart, Reutlingen, Konstanz und Singen. Im Gegensatz zur KPD und zum KBW verzichtete die sich zunehmend konspirativer verhaltende KPD/ML jedoch weitgehend auf die Durchführung größerer öffentlicher Veranstaltungen. Aus Tarnungsgründen führte die KPD/ML sogar ihren III. Parteitag Ende 1976 an einem - auch für die Mehrzahl der Mitglieder - unbekanntem Ort durch. Die Öffentlichkeit wurde ebenso wie die Masse der Mitglieder über die Ergebnisse des Parteitages, die Wiederwahl von Ernst AUST zum Parteivorsitzenden und die Verabschiedung des neuen Parteiprogramms, erst auf einer öffentlichen "Abschlussveranstaltung zum III. Parteitag" am 5. Februar 1977 in Ludwigs-hafen unterrichtet. Dieses wachsende Bemühen der KPD/ML, jeden Einblick in die Parteiorganisation zu verhindern, ist im wesentlichen eine Folge der nach der "Säuberungsaktion" von der Parteizentrale in Dortmund veranlaßten totalen Abschottung. In dieser betonten Konspirativität liegt einer der Gründe dafür, daß die KPD/ML - insoweit im Gegensatz zu früherem Verhalten - im Jahre 1976 weder an der Landtagswahl in Baden-Württemberg noch an der Bundestagswahl teilgenommen hat. Eine Kandidatur bei diesen Wahlen hätte die Partei immerhin in größerem Umfang gezwungen, die Identität der Funktionärs- und Mitgliedskader offenzulegen. So

beschränkte sich die KPD/ML in ihrem "Wahlkampf" darauf, unter dem Motto "Wahlen ändern nichts!" zum "aktiven Wahlboykott" aufzurufen und die parlamentarischen Gremien sowie das demokratische Wahlverfahren zu verunglimpfen (vgl. Anlage 4):

"...die Politik wird nicht in der Bonner Schwatzbude gemacht, sie wird gemanagt in den Ausschüssen, den Konzernbüros und den Direktionsetagen der großen Banken. Wahlen ändern daran überhaupt nichts!
...Wahlen, die wirklich Demokratie, Volksherrschaft, bedeuten...wird es aber solange nicht geben wie es den Kapitalismus gibt, solange die Ausbeuterordnung der Krupp, Thyssen, Abs und Co. nicht gestürzt und ihre Bonner Schwatzbude auseinandergelassen ist. Das aber geschieht nicht mittels der Wahlzettel, da müssen wir schon - andere - Geschütze auffahren.

Deshalb...

Zeigt es den Bonzen in Bonn!
Boykottiert die Bundestagswahl!"

Nach dem Tod von MAO TSE-TUNG am 9. September 1976 näherte sich die KPD/ML stärker der ideologischen Linie der "Partei der Arbeit" Albaniens an und feierte deren Vorsitzenden Enver HOXHA als "größten lebenden Marxisten-Leninisten". Diese ideologische Umorientierung hat das ohnedies gespannte Verhältnis zur KPD zusätzlich in einer Weise belastet, daß die vor allem 1975 von beiden Parteien getragenen ernsthaften Vereinigungsbestrebungen wohl als endgültig gescheitert gelten müssen.

Nachdem die KPD/ML die parteiinternen Auseinandersetzungen des Jahres 1976 überwunden und die damit verbundene ideologische und personelle "Säuberung" abgeschlossen hat, ist erneut mit einer Verstärkung ihrer Aktivitäten zu rechnen. Das vom III. Parteitag der KPD/ML Ende 1976 einmütig verabschiedete neue Parteiprogramm läßt dabei keinen Zweifel an der verfassungsfeindlichen Zielsetzung dieser Organisation: Es fordert die "Zerschlagung des Staatsapparats" und die "Bewaffnung des Proletariats" mit dem Ziel der Errichtung der "Diktatur des Proletariats in Form der Räterepublik". Der Parteivorsitzende AUST hat in diesem Zusammenhang

Warum wählen?

Warum wählen? Das ist eine Frage, die sich jeder stellen muss, wenn er wählen geht. ...

Was die Wähler wollen, ist die eine Sache ...

KPD/ML

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS / MARXISTEN-LENINISTEN



Warum war die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML notwendig und korrekt? Eine Antwort an die 'Rote Fahne'

Während die Marxisten-Leninisten in aller Welt die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML als bedeutsamen Schritt im Kampf für die Vereinigung, einheitliches Deutschland begrüßen, wahren Herrschenden und Trotzkisten wild dagegen. ...

Zur Wahlkampagne der SPD

Seite 3

I H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten
Nr. 40 vom 2. Oktober 1976
10. Jahrgang
50 Pfennig

1. Oktober - 27 Jahre Volksrepublik China



Am 1. Oktober 1949 verkündete Mao Zedong die Gründung der Volksrepublik China.

Boykottiert die Wahl!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten
Nr. 33 vom 14. August 1976
10. Jahrgang
50 Pfennig

Weg mit dem KPD-Verbot!

KPD/ML

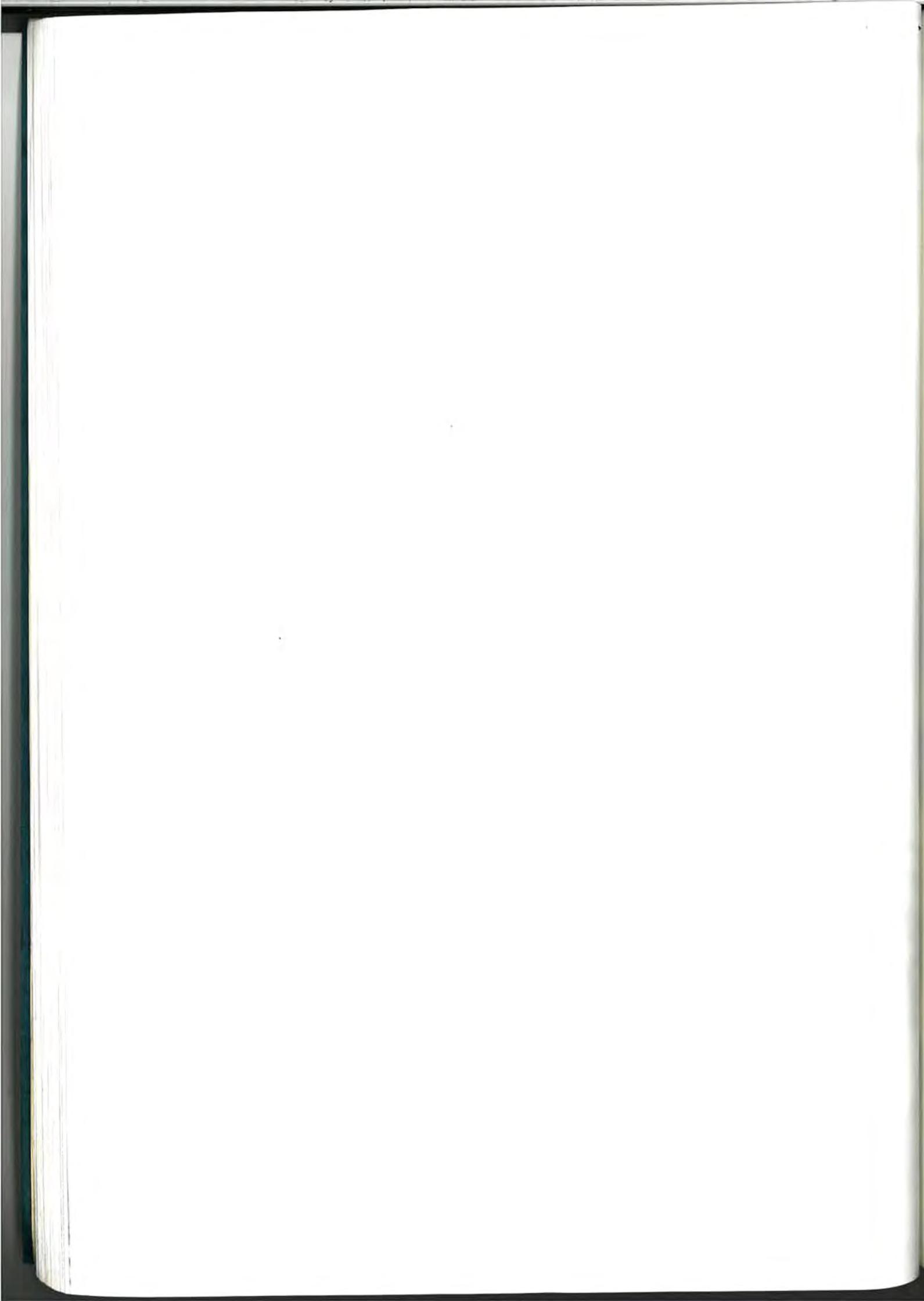
Baden-Württemberg



LANDTAGSWAHLEN 1976 Nieder mit dem bürgerlichen Wahlschwindel

Am 4. und 5. Oktober 1976 finden in Baden-Württemberg Landtagswahlen statt. ...

Wahlzeit - Zeit der leeren Versprechungen
Wahlzeit ist die Zeit, in der die Parteien und die Kandidaten um die Stimmen der Wähler kämpfen. ...



wiederholt die Absicht seiner Partei bekräftigt, vor Gewaltanwendung nicht zurückzuschrecken. Anfang September 1976 erklärte AUST dazu in Essen, das Proletariat werde jeden "niederschließen", der es an seiner Bewaffnung hindere. Gleichzeitig kündigte er die Bildung von "Kampfabteilungen" an, deren Aufgabe es "zunächst" sei, gegen die "revisionistische DKP" und die Polizei vorzugehen.

4. Sonstige linksextreme Organisationen

4.1 "Gruppe Internationale Marxisten" (GIM) und "Spartacusbund"

Unter den zahlreichen, überregional organisierten trotzkistischen Gruppierungen sind die "Gruppe Internationale Marxisten" (GIM) sowie der "Spartacusbund" unverändert die bedeutendsten. Dennoch ist es ihnen bislang nicht gelungen, stärkeren Einfluß innerhalb des breiten Spektrums links-extremistischer Parteien und Zirkel zu gewinnen.

Während die GIM in Baden-Württemberg immerhin etwa 80 Mitglieder und aktive Anhänger umfaßt, die in 8 Ortsgruppen und 3 Stützpunkten organisiert sind, verfügt der "Spartacusbund" lediglich in K a r l s r u h e über eine etwa 10 Mitglieder starke Gruppe, die jedoch in jüngster Zeit nur noch vereinzelt in Erscheinung getreten ist. Beide Gruppierungen beschränkten sich im wesentlichen auf publizistische Aktivitäten und die gelegentliche Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen. Deutlicher in Erscheinung traten lediglich die GIM-Hochschulgruppen an den Universitäten T ü b i n g e n und F r e i b u r g.

Trotz der ungünstigen personellen und organisatorischen Voraussetzungen entschloß sich die GIM, an der Bundestagswahl

am 3. Oktober 1976 teilzunehmen. Sie verfolgte mit ihrer erstmaligen Beteiligung an einer Parlamentswahl in der Bundesrepublik Deutschland offensichtlich das Ziel, ihre Anerkennung als Partei im Sinne des Parteiengesetzes sicherzustellen. Zugleich betrachtete die GIM den Wahlkampf als ein Mittel, ihren Bekanntheitsgrad zu erhöhen. Ein Vergleich der auf die Parteien der "Neuen Linken" in Baden-Württemberg entfallenen Zweitstimmenanteile zeigt, daß sich die relativ wenig bekannte trotzkistische "Gruppe Internationale Marxisten" gegenüber den maoistisch orientierten Parteien KBW (3 842 Stimmen) und KPD (2 881 Stimmen) mit 2 050 Stimmen überraschend gut behaupten konnte. Sie errang damit in Baden-Württemberg nahezu die Hälfte der für sie im gesamten Bundesgebiet abgegebenen 4 759 Zweitstimmen (die GIM hatte in drei Bundesländern kandidiert). In den Wahlkreisen R e u t l i n g e n und E s s l i n g e n konnte die GIM sogar mehr Zweitstimmen auf sich vereinigen als der KBW und die KPD (vgl. Übersicht 1). Dieses für die GIM relativ günstige Wahlergebnis hat bisher allerdings nicht zu einer Stärkung der Organisation oder zu einem spürbaren Ansteigen der Mitgliederzahl geführt.

Der "Spartacusbund", der noch bei der Landtagswahl im April 1976 in den beiden Karlsruher Wahlkreisen kandidiert hatte, verzichtete - offenbar mangels geeigneter Bewerber - auf die Teilnahme an der Bundestagswahl. Eine zunächst abgegebene Wahlempfehlung zugunsten der GIM zog die Gruppe wieder zurück und forderte stattdessen ihre Anhänger zum "aktiven Wahlboykott" auf.

4.2 "Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands" (KABD)

Der maoistisch orientierte KABD bemüht sich unverändert, seine verfassungsfeindlichen Aktivitäten weitgehend konspirativ zu betreiben und die personelle Zusammensetzung seiner Führungsgremien geheimzuhalten. So erschienen alle in Baden-Württemberg

verbreiteten Flugschriften des KABD - mit Ausnahme seines Zentralorgans "Rote Fahne" - mit falschem Impressum. Interne Auseinandersetzungen im KABD, dem einschließlich der Angehörigen seiner Jugendorganisation "Revolutionärer Jugendverband Deutschlands" (RJVD) in Baden-Württemberg etwa 70 Mitglieder zuzurechnen sind, führten im Mai 1976 zur Abspaltung zweier relativ starker Gruppen in Hessen und im Saarland. Nach dieser Absplitterung verlegte der KABD seine Führungsgremien, die bis zu diesem Zeitpunkt weitgehend im Raum S t u t t g a r t angesiedelt waren, nach Nordrhein-Westfalen. Gleichzeitig wurden auch die Redaktion des Zentralorgans "Rote Fahne" (bisher T ü b i n g e n) sowie die Druckerei der Organisation (bisher D u s s l i n g e n bei Tübingen) dorthin verlegt.

Wie die KPD/ML und der "Spartakusbund" rief der KABD seine Anhänger zum Boykott der Bundestagswahl im Oktober 1976 auf. Er hat damit als einzige der in diesem Rahmen zu nennenden linksextremen Organisationen noch an keiner Bundestags- oder Landtagswahl teilgenommen.

4.3 "Kommunistischer Bund" (KB)

Der 1971 von maoistischen Gruppen in Norddeutschland, Berlin und Frankfurt/Main gegründete "Kommunistische Bund" hat in Baden-Württemberg im Jahre 1976 eine Reihe von Sympathisanten- gruppen aufgebaut, die bislang jedoch nur geringe Aktivitäten entfaltet haben. Schwerpunkte seiner weitgehend konspirativen Tätigkeit sind in Baden-Württemberg F r e i b u r g und K a r l s r u h e ; zahlenmäßig noch sehr schwache Gruppen bestehen in H e i d e l b e r g , P f o r z h e i m und S t u t t g a r t . Im Zuge seiner Stützpunktbildung versucht der KB, besonders den Mitglieder- und Sympathisantenkreis des KBW, der KPD und der KPD/ML anzusprechen.

4.4 "Europäische Arbeiterpartei" (EAP)

Die EAP wurde 1974 als "europäischer Arm" der Internationalen "Labour Committee" (LC)-Bewegung gegründet und hat sich seitdem mehrfach an Parlamentswahlen in der Bundesrepublik Deutschland beteiligt. Die Gruppierung vertritt unverändert ein verworrenes politisches Konzept, das mit pseudowissenschaftlichen Aussagen insbesondere aus dem Bereich der Finanz- und Währungspolitik durchsetzt ist. Als Fernziel wird die Schaffung einer internationalen kommunistischen Partei und die Errichtung der "Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa" proklamiert. In den Erklärungen der EAP lassen sich zunehmend orthodox-kommunistische Tendenzen erkennen.

Trotz erheblicher publizistischer Anstrengungen, ermöglicht vor allem durch mutmaßliche finanzielle Zuwendungen der LC-Bewegung in den USA, fand die EAP bislang kaum Resonanz in der Bevölkerung. Bei der Bundestagswahl 1976, an der sich die EAP mit Direktkandidaten in den drei S t u t t g a r t e r Wahlkreisen und in M a n n h e i m sowie mit einer Landesliste beteiligte, erzielte die Partei in Baden-Württemberg lediglich 978 Zweit- und 163 Erststimmen (vgl. Übersicht 1).

5. Zur Situation an den Hochschulen des Landes

Die überregional organisierten kommunistischen Parteien und Vereinigungen waren nachdrücklich bestrebt, über ihre Hochschulgruppen die seit einigen Semestern etwas schwächer gewordenen linksextremen Aktivitäten an den Hochschulen des Landes Baden-Württemberg wieder zu verstärken. Sie verfolgten dabei insbesondere das Ziel, den in den vergangenen Jahren errungenen Einflußbereich zu festigen sowie die personelle Lage der in sich nach wie vor zerstrittenen Gruppierungen zu verbessern. Massive Agitation (vgl. Anlage 5) und zahlreiche, teilweise militante

STEPHAN BRUNSCH am 11. Juni in Dortmund

...richten:

diger reiste Helmut Schmidt von wenigen Wochen...
Wahlbotschaft vom sicheren Aufbruch in die neuen...
haben schon manchen bürgerlichen Politiker zum...
gemacht. Den Kauf sind die Wahlen vorbei, schon...
Platte aus dem Verkehr gezogen, dieselben Leut...
rt von "Mullerwachtel" und beschreiben eine Jahr...
ste von 100 000 als normal.



... mit über 40 000 Teilnehmern...
... der DKP...
... Arbeiterjugend, die...
... nicht stillsitzen...
... für Mitbestimmung und...
... schrittliches Berufsbildungs...
... sonstigen 30 000 in Dortm...
... 15 000 in Frankfurt und Stu...
... 250 000 in vielen ande...
... die 9. Bundesjugendtag...
... rief die Arbeiterjugend...
... 1975...
... 1975...
... 1975...

Dem Volke dienen

Zentralorgan des Kommunistischen Studentenverbandes (KSV)
VERANSTALTUNG: 21.5. 20 Uhr Clubhaus Raum 3
Nieder mit dem Abrüstungs-
schwindel von DKP und MSB!
ist die Demonstration von DKP und MSB am 22. Mai
in Bonn eine Demonstration für den Frieden oder
für den Krieg?

MARKTISCHER STUDENTEN BUND
SPARTAKUS
INTERNATIONALISMUSGRUPPE
Heidelberg
0,50

DOKUMENTE INFORMATIK KOMMENTA
Pak

Was tun?
Gruppe Internationale Marxisten
GIM

SOLIDARITÄT MIT DEM CHILENISCHEN VOLK
National-
International-
Solidarität in

DER ROTE DIWAN
Das Ergebnis Parlament Student

KHZ
KOMMUNISTISCHE HOCHSCHULGRUPPE
UNI, PH, FHS
Organ der Kommunistischen Hochschulgruppe
Studenten Organisation des KBW

Palästina-CHRICHTEN
Solidarität mit dem Hungerstreik der palästinensischen politischen Gefangenen.
Veranstaltung zur Lage der politischen Gefangenen im besetzten Palästina.

Mao-Nr. 5
DKP HOCHSCHULGRUPPE
NEIN DER "K"HG zur Spaltung
ZUR URABSTIMMUNG



Aktionen wie Streiks, Störungen von Wahlversammlungen, Vorlesungen und Seminaren, konnten jedoch die sich seit 1974 abzeichnende deutliche Abwendung der Studenten von den kommunistischen Hochschulgruppen nicht aufhalten. Auch im Jahre 1976 mußten die linksextremen Studentenvereinigungen feststellen, daß ihr Anhängerpotential an den Hochschulen weiter abgenommen hat.

Die geschwächte Position der linksextremen Studentengruppen offenbarte sich erneut bei den Wahlen zu den Studentenparlamenten an den 9 Universitäten des Landes (vgl. Übersicht 4). Insgesamt konnten sie am Ende des Wintersemesters 1976/77 nur noch 47 der 286 Sitze einnehmen. Dies entspricht einem Anteil von etwa 16 Prozent und bedeutet gegenüber dem Ende des Wintersemesters 1975/76 einen weiteren Verlust von 34 Mandaten. Von dem Mandatsrückgang waren mit Ausnahme des MSB Spartakus alle linksextremen Hochschulgruppen, insbesondere jedoch die Studentenorganisation des KBW, die "Kommunistische Hochschulgruppe" (KHG), betroffen. Lediglich der MSB Spartakus konnte die Zahl seiner Studentenparlamentssitze von 22 auf 30 erhöhen. Dennoch gelang es ihm - im Gegensatz zum Jahre 1975 - nicht mehr, einen Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) ausschließlich mit eigenen Angehörigen zu besetzen. Seine Beteiligung an den Allgemeinen Studentenausschüssen der Universitäten S t u t t g a r t , H o h e n h e i m und K o n s t a n z verdankt der MSB Spartakus der Unterstützung anderer mit ihm kooperierender Gruppen. Lediglich im AStA der Universität H o h e n h e i m ist der MSB Spartakus eindeutig der stärkere Koalitionspartner.

Mit der Erhöhung der Zahl seiner Mandate von 22 auf 30 konnte der DKP-nahe MSB Spartakus seine schon bisher starke Position an den Hochschulen des Landes weiter ausbauen. Er ist die einzige linksextreme Hochschulgruppe, die gegenwärtig in den studentischen Selbstverwaltungsgremien aller 9 Universitäten des Landes

Baden-Württemberg vertreten ist.

Die "Kommunistische Hochschulgruppe" (KHG), die Studentenorganisation des KBW, erlitt mit dem Verlust von insgesamt 14 Sitzen den empfindlichsten Rückschlag. Allein an der Universität Heidelberg verlor sie 10 der 1975 errungenen 14 Mandate. Die KHG ist heute nur noch in den Studentenparlamenten der Universitäten Heidelberg (4), Konstanz (3) und Freiburg (1) vertreten.

Die maoistisch orientierten Studentenvereinigungen der KPD, der "Kommunistische Studentenverband" (KSV), der KPD/ML, der "Kommunistische Studentenbund/Marxisten-Leninisten" (KSB/ML), sowie des "Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands" (KABD), die "Kommunistischen Studentengruppen" (KSG), sind gegenwärtig ohne Sitz in den Studentenparlamenten.

Die überwiegende Mehrheit der Studenten in Baden-Württemberg hat sich damit weiter von den linksextremen Hochschulgruppen ab- und den demokratischen Studentenvereinigungen zugewandt. Dies gilt allerdings nicht uneingeschränkt für die Universitäten Freiburg und Heidelberg. Hier gelang es jeweils organisatorisch kaum verfestigten Gruppen der sogenannten Undogmatischen Linken, studentische Wähler in stärkerem Umfang an sich zu binden.

Trotz des teilweise drastischen Rückgangs ihres Wählerpotentials sind die linksextremen Gruppierungen aufgrund ihres unverändert hohen Organisationsgrades, der Aktivität ihrer Mitglieder und Kader sowie ihrer militant verfassungsfeindlichen Ideologie freilich jederzeit in der Lage, erhebliche Störungen des Hochschulbetriebes zu provozieren.

Zusammensetzung der Studentenparlamente

Universität	Linksextreme Hochschulgruppen								Demokratische Gruppen	Sitze insgesamt
	KHG	MSB	SHB	KSV	GIM	KSG	Sonstige	insgesamt		
Heidelberg	4 (14)	2 (2)		- (1)				6 (17)	57 (46)	63
Mannheim	0 (-)	5 (-)						5 (-)	20 (25)	25
Karlsruhe	0 (0)	3 (5)	3 (5)					6 (10)	29 (25)	35
Stuttgart		3 (3)						3 (3)	28 (27)	31 (30)
Hohenheim	- (2)	10 (7)		0 (1)				10 (10)	15 (15)	25
Tübingen		2 (1)	0 (1)	0 (-)			0 (2)	2 (4)	33 (31)	35
Freiburg	1 (2)	1 (0)	2 (3)		1 (2)		0 (-)	5 (7)	26 (23)	31 (30)
Ulm		2 (2)				- (3)		2 (5)	19 (16)	21
Konstanz	3 (4)	2 (2)	3 (3)					8 (9)	12 (11)	20
Insgesamt:	8 (22)	30 (22)	8 (12)	(2)	1 (2)	(3)	0 (2)	47 (65)	239 (219)	286 (284)

Stand: Ende Wintersemester 1976/77 (in Klammern Vergleichszahlen Ende Wintersemester 1975/76)

Erläuterungen: KHG - Kommunistische Hochschulgruppe
 MSB - Marxistischer Studentenbund Spartakus
 SHB - Sozialistischer Hochschulbund
 KSV - Kommunistischer Studentenverband
 GIM - Gruppe Internationale Marxisten
 KSG - Kommunistische Studentengruppen
 0 - Hat kandidiert, jedoch keinen Sitz errungen
 - - Hat nicht kandidiert

II. Rechtsextreme Bestrebungen

1. Allgemeiner Überblick

Der organisierte Rechtsextremismus erreichte 1976 gegenüber dem Vorjahr einen neuen Tiefstand. Bundesweit ging nicht nur die Zahl der Vereinigungen, Buchdienste und Verlage zurück, sondern auch die der Mitglieder. In Baden-Württemberg sind nahezu unverändert etwa 40 rechtsextreme Vereinigungen existent, deren Gesamtmitgliederzahl jedoch weiter auf nunmehr etwa 2 300 - 2 800 Personen absank.

Allen Gruppierungen des rechtsextremen Lagers gemeinsam ist ihre prekäre finanzielle Situation, die ihre Gründe vor allem in der mangelnden Zahlungsmoral der Mitglieder, dem Nachlassen der Spendenfreudigkeit und bei der NPD darüberhinaus in den Verpflichtungen zur Rückzahlung bereits erstatteter Wahlkampfkosten hat.

Trotz des anhaltenden Abwärtstrends und der für die NPD enttäuschenden Ergebnisse bei der baden-württembergischen Landtags- sowie der Bundestagswahl im vergangenen Jahr repräsentiert diese Partei als mitgliederstärkste Gruppe nach wie vor den organisierten Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Nach der Bundestagswahl kam es innerhalb der NPD zu der erwarteten Vertrauenskrise. Gegensätzlich operierende Kräfte im Parteivorstand, vor allem der damalige Stellvertretende Parteivorsitzende Günter DECKERT, W e i n h e i m , und sein Anhang forderten offen den Rücktritt des Parteivorsitzenden Martin MUBGNUG, T u t t l i n g e n , der als "völliger Versager" bezeichnet wurde. Auf dem 10. Bundesparteitag am 14. November 1976 in Frankfurt konnte die Krise jedoch weitgehend gebannt und eine einheitliche Zielsetzung als "Nationale Rechte" und "einzige konservative Alternative zu den Bonner Systemparteien" formuliert werden. Im Rahmen des von MUBGNUG vorgeschlagenen "neuen Kurses"

beabsichtigt die NPD einen "völlig neuen Typ des Nationaldemokraten" zu präsentieren, der auf die "jungen dynamischen Mitglieder" zugeschnitten sein soll. Auf dem 11. Bundesparteitag der NPD am 26./27. März 1977 in Hannover wurde MUBGNUG, der sich gegen seine parteiinternen Widersacher inzwischen durchgesetzt zu haben scheint, erneut zum Vorsitzenden gewählt.

Um den Vorwurf verfassungsfeindlicher Zielsetzung und Betätigung zu entkräften, distanzierte sich die Partei wiederholt von neonazistischen Gruppen und erklärte jede Form der Zusammenarbeit mit diesen Gruppierungen für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der NPD.

Die "Jungen Nationaldemokraten" (JN) konnten einerseits ihren Einfluß innerhalb der Partei weiter verstärken. Zugleich bemühten sie sich jedoch um eine größere Eigenständigkeit und um eine deutlichere Abgrenzung in ihrer politischen Arbeit von der NPD. Die "Jungen Nationaldemokraten" haben ihre engen Kontakte zu zahlreichen rechtsextremistischen Jugendorganisationen im In- und Ausland weiter vertieft. Die Anzeichen für engere Verbindungen zu neonazistischen Gruppen und NS-Aktivisten haben sich verstärkt. Auf dem JN-Bundeskongreß am 23./24. Oktober 1976 in M a n n h e i m wurde denn auch die Forderung nach einem militanteren Kurs der NPD stürmisch begrüßt.

Für die "Deutsche Volksunion" (DVU) des Dr. Gerhard FREY, München, boten der gewaltsame Tod des früheren Obersten der Waffen-SS, Joachim PEIPER, in Frankreich und der "Fall Oberst a.D. Hans-Ulrich RUDEL" Anlaß zur Agitation und Diffamierung politischer Gegner. In der von Dr. FREY herausgegebenen "Deutschen National-Zeitung" (DNZ) wurde RUDEL als "Kriegsheld" gefeiert, dagegen der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert WEHNER, als "Landesverräter" und "Sowjetspion" diffamiert.

Die Organisationen der "Neuen Rechten" sind zur Bedeutungslosigkeit abgesunken. Umbenennungen und Neugründungen sowie eine neue, "an den Naturgesetzen orientierte Politik" konnten den Verfall nicht aufhalten.

Indessen erfordern die neonazistischen Gruppen und Kleinstzirkel auch weiterhin die Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden, obwohl die in Baden-Württemberg bestehenden Gruppen in F r e i - b u r g und M a n n h e i m sich aufgelöst oder ihre Aktivitäten nach außen erheblich eingeschränkt haben. Nach sicheren Erkenntnissen sind jedoch Einzelpersonen als Beauftragte überregional operierender NS-Aktivisten im Lande tätig, die verdeckt nationalsozialistische Propaganda betreiben. Verbindungen bestehen vor allem zu dem Leiter der "NSDAP-Auslandsorganisation" (NSDAP-AO), Gary Rex LAUCK, Lincoln, Nebraska/USA, der nach seiner Einreise in die Bundesrepublik Deutschland im März 1976 in Mainz festgenommen worden war. Bei seiner Festnahme führte LAUCK in seinem Gepäck 20 000 Klebezettel der NSDAP-AO, wie "Jetzt NSDAP!", "NS-Verbot aufheben", "Kaufe nicht bei Juden", mit. Nachdem ihn die 1. Große Strafkammer des Landgerichts Koblenz am 27. Juli 1976 wegen Vergehens nach § 86 StGB zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 6 Monaten verurteilt hatte, wurde LAUCK im August 1976 ausgewiesen und abgeschoben.

Zu den neonazistischen Vereinigungen mit dem größten Mitglieder- und Sympathisantenkreis gehören weiterhin die durch zahlreiche spektakuläre Aktionen auch in Baden-Württemberg bekanntgewordene "Deutsche Bürgerinitiative e.V." (DBI) des Rechtsanwalts Manfred ROEDER, Schwarzenborn/Hessen und der "Kampfbund Deutscher Soldaten" (KDS) des Erwin SCHÖNBORN, Frankfurt/Main. Sie setzen ihre neonazistische Agitation weiter fort, indem sie jedes nationalsozialistische Unrecht leugnen

und unverhohlen die Zerschlagung der Staats- und Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland fordern.

ROEDER, gegen den ein noch nicht rechtskräftiges Berufsverbot verhängt ist, wurde am 27. Juli 1976 vom Amtsgericht H e i l - b r o n n zu einer Geldstrafe von DM 5 000,-- verurteilt, weil er den 1945 im Konzentrationslager Flossenbürg hingerichteten evangelischen Theologen Dietrich BONHOEFFER als einen "ehrlosen Vaterlandsverräter" beschimpft hatte. SCHÖNBORN wurde am 17. Dezember 1976 durch ein Frankfurter Schöffengericht wegen übler Nachrede im Zusammenhang mit einem von ihm verfaßten "Offenen Brief" an einen Staatsanwalt der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in L u d w i g s b u r g zu einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt.

Der "harte Kern" der neonazistischen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland dürfte derzeit etwa 100 Personen umfassen, die sich zunehmend konspirativ verhalten. Von diesen Kräften ausgehende Gefährdungen sind gegenwärtig nicht auszuschließen.

2. Organisationen der "Alten Rechten"

2.1 "Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD)

Trotz der Bemühungen des Landesverbandes Baden-Württemberg der "Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD), die Zahl seiner Mitglieder zu erhöhen, ging sie im Laufe des Jahres 1976 im Lande auf etwa 1 200 Mitglieder (Vorjahr: rund 1 400) zurück. Die erneut zu verzeichnenden Parteiaustritte waren unter anderem eine Folge der schlechten Wahlergebnisse, die die NPD bei der



Landtagswahl in Baden-Württemberg am 4. April 1976 und bei der Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 erzielt hatte.

Die Wahlniederlagen bewirkten zudem ein weiteres Nachlassen der Einsatzbereitschaft der Funktionäre und Mitglieder, so daß in einigen NPD-Kreisverbänden die Parteiarbeit nahezu zum Erliegen kam. Die mitgliederstärksten Kreisverbände der NPD bestehen nach wie vor in Karlsruhe und Stuttgart. Besondere Aktivität entfalteten auch im Jahre 1976 die Kreisverbände Ludwigsburg, Mannheim, Rhein - Neckar und Schwarzwald - Baar (vgl. Übersicht 5).

Anläßlich des Landesparteitages der NPD am 22. und 23. Mai 1976 in Albstadt - Tailfingen, auf dem Werner KUHNT, Biberach, erneut zum Vorsitzenden des NPD-Landesverbandes Baden-Württemberg gewählt wurde, stellte der Parteivorsitzende Martin MÜßGNUG die NPD als "das einzige Bollwerk gegen den Bolschewismus in der Bundesrepublik" dar und bezeichnete die Partei als "das Kristallisationszentrum für alle nationalen Kräfte".

Einen breiten Raum in der Parteiarbeit nahm der Wahlkampf zur Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 ein. Die angespannte Finanzlage der NPD ließ neben vereinzelt Plakataktionen und der Errichtung von "Info-Ständen" nur eine Reihe von kleinen Wahlveranstaltungen zu. Der geringen Resonanz, die der Wahlkampf der NPD in der Bevölkerung fand, entsprach schließlich das Wahlergebnis: Die Partei erhielt in Baden-Württemberg nur noch 23 411 = 0,4 % der abgegebenen gültigen Zweitstimmen gegenüber 40 580 = 0,8 % der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 1972. Sie lag damit allerdings noch immer um 0,1 % über dem Bundesdurchschnitt (vgl. Übersicht 1).

2.2 "Junge Nationaldemokraten" (JN)

Der in den zurückliegenden Jahren zu beobachtende Mitgliederzuwachs im Landesverband Baden-Württemberg der "Jungen Nationaldemokraten" (JN) hat sich 1976 nicht weiter fortgesetzt. Die Gesamtmitgliederzahl blieb mit etwa 250 Personen nahezu unverändert.

Die in nur wenigen Kreisverbänden und Ortsgruppen organisierten JN-Mitglieder leisteten der NPD während der Wahlkämpfe zur Landtags- und Bundestagswahl 1976 nachhaltige Unterstützung. Ihre reguläre politische Arbeit beschränkte sich im übrigen auf örtliche Versammlungen, Flugblattverteilungen und die Betreuung von "Info-Ständen". Lediglich zwei Veranstaltungen gewannen überörtliche Bedeutung: Der JN-Landeskongreß am 15. und 16. Mai 1976 in O f f e n b u r g und der JN-Bundeskongreß am 23. und 24. Oktober 1976 in M a n n h e i m :

Der JN-Landeskongreß brachte einen Wechsel in der Führungsspitze. Neuer Landesvorsitzender der JN in Baden-Württemberg wurde Rudolf ENSSLEN, M a r k g r ö n i n g e n . Er löste Heinrich FISCHER, W a i b l i n g e n , ab, unter dessen Führung die JN sich organisatorisch festigen und ihren Einfluß innerhalb der NPD verstärken konnten.

Auf dem Bundeskongreß stellte der JN-Bundesvorsitzende Winfried KRAUSS, Nürnberg, die NPD und die JN als die "einzigen wahren Hüter des Nationalismus" in der Bundesrepublik Deutschland heraus, während der Parteivorsitzende der NPD, Rechtsanwalt Martin MÜBGNUG, T u t t l i n g e n , die JN als den "stärksten Machtfaktor Deutschlands für die Zukunft" bezeichnete.

2.3 "Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte" (VVK)

Die "Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte" (VVK) hat sich entgegen den Erwartungen ihres Vorsitzenden Karl-Heinz KEUKEN,

B r u c h s a l , nicht zu einem Sammelbecken rechtsextremer Gruppen entwickelt. Zwar bestehen Kontakte zu zahlreichen Organisationen des rechtsextremen Lagers im In- und Ausland; zu einer Mitgliedschaft und zu kontinuierlicher Zusammenarbeit haben sich bisher jedoch nur wenige Personen entschließen können. Sowohl die VVK als auch deren im Oktober 1975 gegründete Jugendorganisation "Vereinigung Verfassungstreuer Jugend" (VVJ) blieben in der Öffentlichkeit nahezu ohne Resonanz. Zudem reduzierten finanzielle Schwierigkeiten auch die publizistische Tätigkeit der beiden Organisationen im Jahre 1976 auf ein Minimum. Anstelle der inhaltsgleichen Mitteilungsblätter "union", "bajonett", "fanal", "deutsche freiheit" und "das reich", die zuvor von verschiedenen rechtsextremen Gruppen herausgegeben wurden, erscheint jetzt unter dem Titel "V" ein "Informationsdienst konstruktiver Kräfte und Arbeitsgemeinschaften".

Die VVK zählt inzwischen etwa 50 Einzelmitglieder. Hinzu kommen noch die zahlenmäßig nicht bekannten Angehörigen der der VVK korporativ angeschlossenen rechtsextremistischen Splittergruppen. Der Jugendorganisation VVJ gehören derzeit in Baden-Württemberg etwa 15 Mitglieder an.

3. Organisationen der "Neuen Rechten"

Interne Meinungsverschiedenheiten haben wesentlich dazu beigetragen, daß die wenigen in Baden-Württemberg existenten Gruppen der "Neuen Rechten" in der Öffentlichkeit weithin unbeachtet geblieben sind. Nur der ehemalige "Rechtsblock für Arbeiter, Bauern und Soldaten" (RB), die größte Gruppierung der "Neuen Rechten" in Baden-Württemberg, hielt am 29. Mai 1976 in Eschenau bei Nürnberg eine Bundesversammlung ab. Als angebliche Vorstufe zur Verwirklichung seines Zieles, eine "neue, große Volksbewegung und Wahlpartei" zu werden, benannte er sich dabei in "VOLKSBLOCK - Naturpolitische Volksbewegung" (VB) um.

Am 5. Dezember 1976 fand in G ö p p i n g e n - Hohenstaufen die Gründung der "Naturpolitischen Volkspartei" (NPV) statt. Die etwa 60 Mitglieder rekrutieren sich fast ausschließlich aus dem "Rechtsblock" (RB) und dem "Volksblock" (VB). Bundesvorsitzender der NPV wurde Werner EICHINGER, M a r k g r ö n i n g e n , der diese Funktion bereits beim RB und VB innehatte. Die NPV, die sich als "antimarxistisch" bezeichnet, distanziert sich nicht nur von allen im Bundestag vertretenen Parteien, sondern auch von der NPD und der "Deutschen Volksunion" (DVU) des Dr. Gerhard FREY, München. In der anlässlich der Gründungsversammlung verabschiedeten "Grundsatzerklärung" gab die NPV die Grundelemente der von ihr proklamierten "Naturpolitik" bekannt:

"Als Fortschritt darf nur gelten, was dem Leben der Menschen, Tiere und Pflanzen dient. Daraus.- ergibt sich die Erkenntnis, daß die Vielfalt allen Lebens anerkannt und berücksichtigt werden muß... Wer dieses Prinzip der Natur mißachtet oder gar zu verwischen versucht, handelt widernatürlich. Er stiftet Unheil und rüttelt an den Grundlagen der menschlichen Existenz. Noch immer hat sich die Urkraft der Natur gerächt, wenn der Mensch geglaubt hat, klüger zu sein und ihre Ordnung umwerfen zu können."

Die von der NPV aus ihrer Grundsatzerklärung abgeleiteten Ziele sind in einem 12-Punkte-Programm zusammengefaßt (vgl. Anlage 6).

4. Neonazistische Gruppen

Die in Baden-Württemberg bestehenden neonazistischen Gruppen "Kampfgruppe Priem e.V." in F r e i b u r g und "Nationalsozialistische Kampfgruppe" in M a n n h e i m haben ihren organisatorischen Zusammenhalt inzwischen weitgehend verloren. In F r e i b u r g waren letztmals während des Landtagswahlkampfes 1976, bei der Arnulf Winfried PRIEM im Wahlkreis

N P V - P r o g r a m m

Aus der Grundsatzerklärung leitet die Naturpolitische Volkspartei zur Gestaltung der Gegenwart und Sicherung der Zukunft folgende Forderungen ab:

1. Recht, Freiheit, Selbstbestimmung und Schutz für alle Völker und nationalen Minderheiten.
2. Ein vereintes Europa freier Völker als politisch, wirtschaftlich und militärisch unabhängige Macht unter Wahrung der Verschiedenheit und Eigenart der in Jahrtausenden gewachsenen Kulturbereiche.
3. Lösung der Gastarbeiterfrage im Sinne tatsächlicher Humanität und Völkerverständigung durch die schrittweise freiwillige Rückführung ausländischer Arbeitskräfte in ihre Heimatländer, bei gleichzeitiger Förderung von Strukturprogrammen, die es den Völkern ermöglichen, im eigenen Lande den Lebensunterhalt zu verdienen.
4. Eine gerechte Staatsordnung, in der der Stellenwert des Einzelnen nicht von Stand, Herkunft und Besitz, sondern allein von der Leistung für die Gemeinschaft bestimmt wird.
5. Soziale Gerechtigkeit und ein stabiles Währungssystem.
Eine gesunde, leistungsstarke Volkswirtschaft und gesicherte Arbeitsplätze. Schutz der heimischen Industrie vor Überfremdung.
6. Erhaltung und Schutz der für den Menschen und seine Gesundheit notwendigen natürlichen Umwelt. Verhinderung, daß Deutschland in eine riesige Betonwüste mit verpesteter Industrieatmosphäre und verseuchten Gewässern verwandelt wird.
7. Schutz und Förderung der Ehe und Familie. Kindergeldzahlung nach dem Schweizer Modell.
8. Ein modernes Bildungssystem, das auf dem Leistungsprinzip beruht und eine umfassende Förderung des Schul- und Breitensportes zur Erhaltung der Volksgesundheit.
9. Wahrung und Förderung deutscher Kunst und Kultur.
10. Einführung eines Sozialdienstes für alle nicht wehrdienstleistenden Jungbürger beiderlei Geschlechts zur Verrichtung der für das Funktionieren eines modernen Staatswesens notwendigen Tätigkeiten.
11. Meinungs- und Pressefreiheit sowie objektive Berichterstattung in Presse, Rundfunk und Fernsehen.
12. Recht und Sicherheit für alle Bürger. Kampf gegen Volksverrat, Kriminalität, Korruption, Wirtschafts- und Rauschgiftverbrechen.

Postanschrift: NPV, Postfach 6526, 7500 Karlsruhe 1

Spenden- und Beitragskonten:

Deutsche Bank, 7800 Freiburg, Konto Nr. 854-190

Postscheckkonto: Nr. 15 487 - 759 Postscheckamt Karlsruhe

F r e i b u r g II für die NPD kandidierte, Aktivitäten der "Kampfgruppe Priem e.V." bekannt geworden. Zum völligen Zerfall der Gruppe kam es, als PRIEM im Frühjahr 1976 nach Berlin verzog.

Ebenso schwächten sich offene Aktionen der "Nationalsozialistischen Kampfgruppe" des Hans-Ulrich NEUFELD in M a n n h e i m ab. Berufliche Schwierigkeiten ihres Leiters sowie die 1975 gegen Mitglieder der "Kampfgruppe" durchgeführten Exekutivmaßnahmen engten den Handlungsspielraum dieser Kadergruppe empfindlich ein.

Trotz der Schwächung dieser beiden Gruppen blieben neonazistische Aktivitäten in Baden-Württemberg nicht völlig aus. So gab es Hakenkreuzschmierereien an öffentlichen Gebäuden, unter anderem in K o r n w e s t h e i m , M a r k d o r f , M ü n s i n g e n , S t u t t g a r t und H e i d e n h e i m; mehrfach wurden auch Plakate der "NSDAP-Auslandsorganisation" (NSDAP-AO) geklebt (vgl. Anlage 7).

5. Politisch motivierte Gewalttaten

Bei einer Protestaktion linksgerichteter Studenten gegen eine gemeinsam vom "Hochschulring Tübinger Studenten e.V." (HTS) und der "Deutsch-Rhodesischen Gesellschaft e.V." (DRG), geplanten Veranstaltung, die am 4. Dezember 1976 in der Mensa der Universität T ü b i n g e n zum Thema "Aggression der Kommunisten im südlichen Afrika" stattfinden sollte, kam es vor dem Veranstaltungsgebäude zu schweren Schlägereien. Unmittelbare Auslöser der tätlichen Auseinandersetzungen waren etwa 15 bis 20 Angehörige der rechtsextremistischen "Wehrsportgruppe HOFFMANN" (WSG), Heroldsberg bei Nürnberg (vgl. Anlage 8), die versuchten, den Weg zum Veranstaltungsraum "freizukämpfen".

Die Rechtsextremisten setzten Schlagstöcke, Eisenhaken, Drahtkabel und Tränengas ein. Dabei wurden sechs Personen (zum Teil schwer) verletzt. Die Polizei konnte die Auseinandersetzung nach kurzer Zeit beenden. Elf Personen, darunter der Leiter der "Wehrsportgruppe", Karl-Heinz HOFFMANN, sowie der Vorsitzende des HTS, Axel HEINZMANN, T ü b i n g e n , wurden vorläufig festgenommen.

In einem Leserbrief im "Schwäbischen Tagblatt" vom 7. Dezember 1976 richtete der Vorsitzende des HTS, Axel HEINZMANN, heftige Vorwürfe gegen die Polizei und verurteilte deren Einschreiten:

"... Die Polizei hat sich damit an der Einschränkung von Grundrechten der Versammlungs- und Meinungsfreiheit aktiv beteiligt. Statt der kommunistischen Rechtsbrecher wurden 13 Personen, zum großen Teil Angehörige des HTS bzw. Ordner, inhaftiert."

HEINZMANN kündigte zugleich an, daß er sich, "sollte die Polizei erneut auf der Seite der Rechtsbrecher stehen, auch darüber Gedanken machen werde, wie man sich gegen eine solche Polizei zur Wehr setzt".

Seine in diesem Zusammenhang geäußerte Absicht, "eine Art Bürger- und Studentenwehr aufzustellen", hat er bisher nicht verwirklicht.

Der Leiter der WSG, Karl-Heinz HOFFMANN, nahm in einem am 22. Dezember 1976 in Tübingen verteilten Flugblatt "Muß Blut fließen?" zu den Vorkommnissen am 4. Dezember 1976 Stellung und versuchte, die von ihm maßgeblich beeinflussten Ausschreitungen zu rechtfertigen (vgl. Anlage 9).



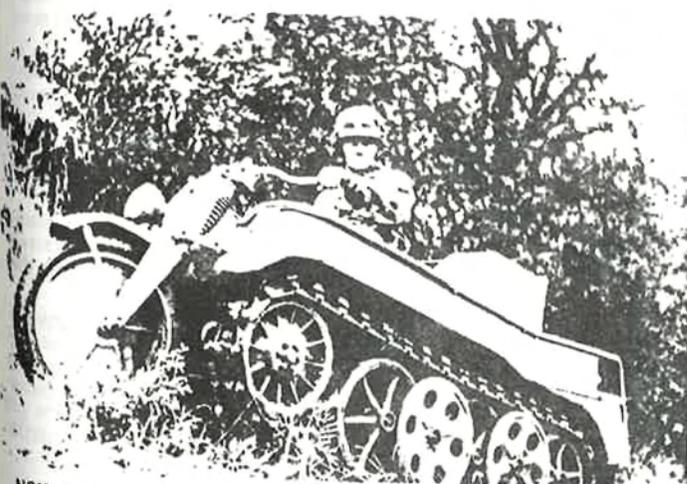
JETZT

NSDAP

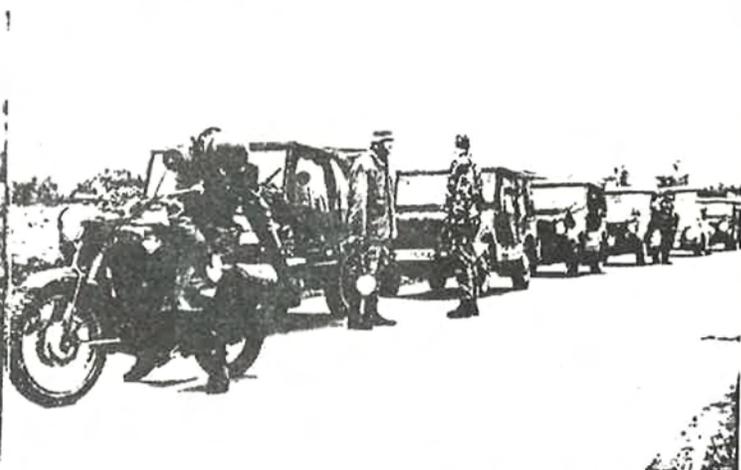
**HERAUSGEBER: NSDAP AUSLANDSORGANISATION
BOX 6414, LINCOLN, NEBR. 68506 USA**



WAG Goffmann-Truppe



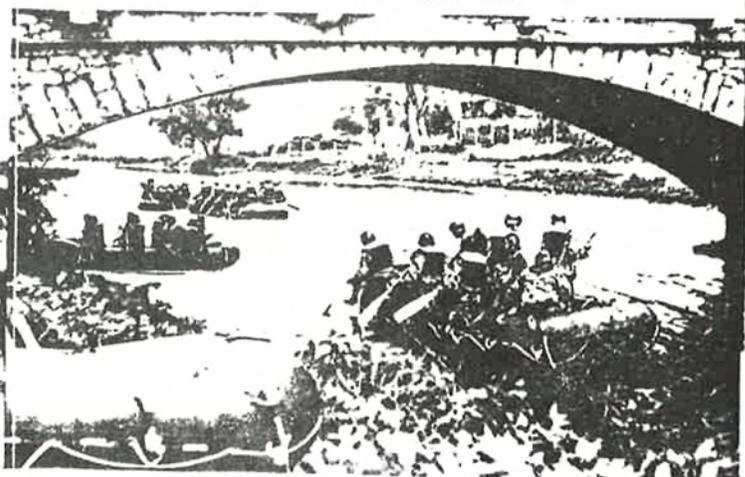
NSU Kettenrad im Gelände



Kolonie beim Motmarsch mit Kettenhund auf Krad Malco



Borgward und Hanomag Mannschaftstransportwagen



Schlauchbootmanöver auf der Allmühl

Kein Job

Ein Aktivist der Wehrsportgruppe Hoffmann zu sein, ist kein Job, denn wir bezahlen nichts, ist aber auch kein Nepp, denn wir verlangen nichts, jedenfalls keine Pflichtbeiträge.

Was wir vom Bewerber verlangen, sind außer Kameradschaftlichkeit und einer idealistischen Einstellung zum Leben, der Wille zum physischen Einsatz und eine gewisse moralische Unbeugsamkeit oder zumindest das Wollen, sich in Richtung dieser Anforderungen zu entwickeln.

Wer kann sich bewerben?

Im Grunde kann sich jeder junge Mann, die Nationalität spielt keine Rolle, bei uns bewerben.

Nach oben hin liegt die Grenze bei etwa 35 Jahren. (Ausnahmen sind möglich.) Für Bewerber unter 16 Jahren verlangen wir in der Regel die Einwilligung der Eltern.

Außerdem gibt es für diejenigen, die, aus welchen Gründen auch immer, nicht aktiv sein wollen, oder können, die Möglichkeit, sich in unserem Freundeskreis der WSG zu organisieren. Fordern Sie Unterlagen über den Freundeskreis an.

Melden Sie sich entweder schriftlich:

Karl Heinz Hoffmann
Sofienhöhe 5
8501 Heroldsberg

Oder persönlich.

Bitte vereinbaren Sie einen Termin unter der Telefon-Nr. (0911) 56 83 01.

Unangemeldet Vorsprechen ist zwecklos.

Wie gestaltet sich der Dienst in der WSG?

Die einzelnen Gruppen der WSG rücken mindestens einmal wöchentlich zur feldmäßigen Übung aus. Und zwar zu Zeiten, die es auch dem Werktätigen erlauben, dabei zu sein. Der Dienst beinhaltet nahezu alle Arten der militärischen Ausbildung, Nahkampf, Tarnung, Fuß- und Motmarsch, Ambush, Conter-Ambush und Überlebenstraining. Theoretisch und praktisch. Mehrmals im Jahr finden unter Einbeziehung mehrerer Gruppen Manöver mit unterschiedlichen Zielen statt.

Verpflichtung

Entgegen weitverbreitetem Irrtum sind unsere Mitglieder nicht durch eine formelle Verpflichtung gebunden. Jedoch ergibt sich mit der Zeit aus der Dauer des kameradschaftlichen Verhältnisses ganz von selbst eine moralische Verpflichtung. Deshalb sollten sich nur Bewerber melden, die auch wirklich ein ernsthaftes Interesse haben.

Ausrüstung

Die WSG verfügt über eine Grundausrüstung an Kfz. und Gerät. Die persönliche Ausrüstung wie geeignetes Schuhwerk, Bekleidung, Schlafsack, Zelt o. ä. muß vom Bewerber selbst gestellt werden.

Schulung

Ebenfalls entgegen landläufiger Meinung gibt es keine politische Schulung bei uns. Unsere Tätigkeit beschränkt sich auf militärische Ausbildung und fördert den kameradschaftlichen Zusammenhalt.

Rechtmäßigkeit unserer Aktivitäten?

Eine besonders wichtige Frage beschäftigt immer wieder unsere Interessenten, nämlich, ob er durch seine Mitgliedschaft bei uns in irgend einer Weise mit den rechtlichen Bestimmungen kollidieren könnte.

Dieser Eindruck wurde von Anfang an durch Zeitungsveröffentlichungen und Fernsehberichte bewußt erweckt. Spektakuläre Polizeirazzien taten ihr übriges. Vorgeworfen wurde uns, eine Uniform als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung zu tragen. Also eine militärische Tarnorganisation mit politischer Zielsetzung zu sein.

Bis zum heutigen Tage konnte der Beweis für diese Behauptung nicht erbracht werden, und er wird auch in Zukunft nicht erbracht werden können.

Mit anderen Worten, unsere Tätigkeit ist, auch wenn das manchen Leuten in diesem Lande nicht paßt, eine nach geltendem Recht legitime.

Auf Grund der Verfassung ist es unser Recht, als freie Menschen, innerhalb dieser Gesellschaft unsere Persönlichkeit so zu entfalten, wie wir es für richtig halten, solange die Rechte anderer dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Trotz völliger Klarheit der juristischen Situation und obwohl das Recht eindeutig auf unserer Seite ist, wird uns die Arbeit nicht immer leicht gemacht. Und deshalb erwarten wir, wie ich eingangs erwähnte, ein gewisses Maß an moralischer Unbeugsamkeit, denn es genügt nicht, das Recht auf unserer Seite zu wissen, es muß auch entschlossen vertreten werden.

Jugendgruppe

Immer wieder haben sich bei uns junge Bewerber im Schüleralter gemeldet. Deshalb wurde eine Jugendabteilung gebildet.

In dieser nehmen wir die Altersgruppen vom 13. bis zum 18. Lebensjahre auf.

Die Jugendgruppe wird von eigenen Jugendführern angeführt und leistet einen, dem Alter entsprechenden, leichten Dienst.

Für ein Gespräch mit eventuell besorgten Eltern und Erziehern stehen wir immer gerne zur Verfügung

Verantwortlich nach dem Pressegesetz:
Karl Heinz Hoffmann, 8501 Heroldsberg, Sofienhöhe 5
Spendenkonto: Postscheckamt Nürnberg Nr. 1667 02-854

Muß Blut fließen?

Verlautbarungen, Veranstaltungen, Demonstrationen und Proteste politischer Aktivisten, links wie rechts oder lauwarme Mitte, haben mich bisher herzlich wenig gekümmert.

Wenn aber linke Kommunaken versuchen, meine wenigen, mir in diesem Lande noch zustehenden Rechte zu beschneiden, wenn sie, wie am 4. Dezember 1976 in Tübingen geschehen, mich daran hindern wollen, auf einer nicht verbotenen Versammlung über ein militärfachliches Thema zu referieren, dann allerdings nehme ich zur Kenntnis, wenn mir Feindschaft und Haß entgegengebracht wird.

Wenn man versucht, mich mit physischer Gewalt zu beeindrucken, so bleibt mir nichts anderes zu tun, als zu meiner Verteidigung mit Gewalt zu antworten. Die Gesetze der Notwehr und Nothilfe gestehen mir in diesem Falle ausdrücklich die Anwendung von Gewalt zu.

Am 4. 12. 1976 glaubten etwa 250 rote Demonstranten leichtes Spiel zu haben, weil ihnen nur 15 Männer gegenüberstanden. Davon nur 4 Kameraden der WSG, die anderen waren Angehörige des HTS.

Als ich allein und in friedlicher Absicht auf den Eingang des von uns gemieteten Lokales zuging, schlugen die roten Rowdies auf mich ein.

Drei Minuten später waren 7 Rotfrontkämpfer krankenhausauf und viele andere verletzt. Als kurz darauf die Polizei endlich eingriff, schlachtete sie das falsche Schwein.

Nicht etwa die Angreifer und Störer wurden festgenommen, sondern ich wurde zusammen mit meinen Kameraden überwältigt und obwohl wir gegen die Beamten keinen Widerstand leisteten, wie Schwarverbrecher in Handschellen zum Erkennungsdienst gebracht.

Daß uns nun die Presse als Schlägertruppe bezeichnet, stört uns wenig. Mitglieder der WSG hatten bis zum 4. 12. seit Bestehen unserer Organisation noch nie jemanden geschlagen, ja noch nicht einmal beschimpft; trotzdem wurden wir permanent als Schlägertruppe bezeichnet. Es ändert sich also am Tenor der Berichterstattung nichts, wenn jetzt eine Handvoll Kameraden einmal genötigt waren, tatsächlich zuzuschlagen.

Daß wir schließlich, zum Kampf gezwungen, nicht so leicht zu besiegen sind, dürfte sich nun bei den Berufsdeemonstranten herumgesprochen haben. Es gibt für die professionellen Polittrabauken eine einfache Möglichkeit, keine Verluste hinnehmen zu müssen, nämlich nicht zu versuchen mich mit Gewalt an der Ausschöpfung meiner Grundrechte zu hindern.

Soviel für heute

Ihr ansonsten durchaus friedfertiger Mitbürger

Karl Heinz Hoffmann

Unterstützen Sie uns durch Ihre Spende:

Postscheckkonto Nürnberg, Karl Heinz Hoffmann, Nr. 1667 02-854



HOFFMANN

III. Aktivitäten politisch extremer Ausländer

1. Allgemeiner Überblick

Die Aktivität der politisch extremen Ausländergruppen wird nach wie vor entscheidend von den Verhältnissen in den jeweiligen Heimatländern geprägt und von ideologischen Kampfansagen an politische Gegner bestimmt. Insbesondere die linksextremistischen türkischen, spanischen und griechischen Vereinigungen sind bestrebt, mit Hilfe politisch gleichgesinnter deutscher Gruppierungen auf eine Änderung der derzeit bestehenden Regierungssysteme in den Herkunftsländern hinzuwirken.

Die früher vorrangig gewesenen Versuche extremistischer Ausländervereinigungen, durch das Anprangern angeblicher wirtschaftlicher und sozialer Mißstände im Gastland sowie durch gezielte Agitation gegen deutsche Behörden und Institutionen ausländische Arbeitnehmer für ihre politischen Ziele zu gewinnen, sind erkennbar wieder in den Hintergrund getreten. Eine bedeutende Ausnahme bilden hierbei freilich die italienischen Kommunisten, die die Schwerpunkte ihrer Auslandsarbeit nach wie vor in der politischen Arbeit in den Betrieben, vor allem in der Bildung von Betriebsgruppen und in einer verstärkten gewerkschaftlichen Betätigung unter Beteiligung der orthodox-kommunistischen italienischen Massenorganisationen, sehen.

Die aktivsten Organisationen der ausländischen "Neuen Linken" sind die ideologisch gespaltene "Conföderation Iranischer Studenten - National Union" (CISNU) sowie die in der Türkei verbotene "Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten" (TKP/ML), die trotz ihres ansonsten konspirativen Verhaltens beide offen für einen gewaltsamen Machtwechsel in ihren Heimatländern eintreten. Sie arbeiten unverändert eng mit den deutschen maoistisch orientierten Parteien (KBW, KPD, KPD/ML) zusammen.

Die Tätigkeit ausländischer rechtsextremistischer Vereinigungen war insbesondere aufgrund anhaltender finanzieller Schwierigkeiten, aber auch infolge der Auswirkungen von Kampagnen politischer Gegner, rückläufig:

So wurde der organisierte italienische Rechtsextremismus durch die Spaltung der neofaschistischen "Sozialen Italienischen Bewegung - Nationale Rechte" (MSI-DN), die zudem eine empfindliche Kürzung ihr zufließender staatlicher Zuschüsse hinnehmen mußte, erheblich geschwächt.

Die stärkste Gruppe türkischer Rechtsextremisten, die in der Türkei mitregierende "Partei der Nationalistischen Bewegung" (MHP), sieht sich etwa seit Jahresfrist einer vor allem von türkischen Linksextremisten getragenen Kampagne ausgesetzt, deren Ziel es ist, ein Verbot der Partei in der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen. Aufgrund einer Entscheidung des türkischen Verfassungsgerichts vom 28. Juni 1976 hat die MHP zwar ihre deutsche Zweigorganisation inzwischen offiziell aufgelöst; ihre politische Arbeit setzt sie indessen verdeckt fort.

Die griechischen Rechtsextremisten sind weltweit bemüht, ihre im Gefolge des Demokratisierungsprozesses in Griechenland zerfallenen Organisationen mit dem Ziel der Wiedererrichtung einer griechischen Diktatur neu zu formieren.

Als Reaktion auf die vor allem durch den libanesischen Bürgerkrieg geschwächte Position der palästinensischen Widerstandsgruppen sind verstärkte Sammlungsbestrebungen auch der in Baden-Württemberg lebenden Palästinenser zu erkennen. Während Neugründungen palästinensischer Studenten- und Arbeitervereine weitgehend offen erfolgen, wird der Ausbau bereits bestehender "Al FATAH"-Zellen getarnt weiterbetrieben. Die unveränderte Konzen-

tration aller arabischen Kräfte auf den "zionistischen Hauptfeind" und ihre beweisbare Zusammenarbeit mit internationalen - unter anderem deutschen - Terroristen lassen die Gefahr von Gewaltakten, begangen von palästinensischen Terrororganisationen, fortbestehen.

Das Verbot der militant nationalistischen Emigrantenorganisationen "Kroatischer Nationaler Widerstand" (HNO) und "Kroatischer Verein DRINA e.V." durch Verfügungen des Bundesministers des Innern vom 1. Juni 1976 hat in Kreisen der kroatischen Emigranten erhebliche Unruhe und Entrüstung ausgelöst. Dabei wurde die Behauptung aufgestellt, die Verbotsmaßnahmen seien das Ergebnis gezielter politischer Einflußnahme jugoslawischer Stellen auf die Bundesregierung. Angesichts der bundesweit beträchtlich verengten Möglichkeiten politischer Betätigung dürften die exilkroatischen Organisationen künftig versuchen, vermehrt vom Ausland her im Bundesgebiet wirksam zu werden.

Die gegenüber dem Vorjahr erkennbar werdende leichte Verschiebung der politischen Aktionsschwerpunkte der extremistischen Ausländervereinigungen schlägt sich auch in einer strukturellen Veränderung nieder: Während sich die Gesamtzahl der Organisationen nur unwesentlich erhöhte, nahm die Anzahl der Mitglieder, vor allem die der linksextremistischen griechischen und türkischen Gruppen, stärker zu. In Baden-Württemberg traten 1976 etwa 135 politisch extreme Ausländerorganisationen in Erscheinung. Die Zahl der Mitglieder stieg um etwa 500 auf nunmehr rund 12 000 an, wovon in erster Linie die örtlichen Vereinigungen der türkischen und griechischen Massen- und Betreuungsorganisationen profitierten.

Insgesamt zeigt sich die übergroße Mehrheit der in Baden-Württemberg lebenden Ausländer jedoch unverändert immun gegenüber den Beeinflussungsversuchen extremer Gruppen.

2. Araber und palästinensischer Widerstand

Der Prestigeverlust der "Palästinensischen Befreiungsorganisation" (PLO) in der Libanonkrise mit der daraus resultierenden Uneinigkeit der Vertreter der "panarabischen Revolution" verunsicherte große Teile der im Bundesgebiet lebenden Palästinenser und Araber. Hieraus erklärt sich das erkennbare Bemühen der Funktionäre, ihre Landsleute organisatorisch straffer zu erfassen mit dem Ziel, sie auch einem verstärkten politischen Einfluß zu unterwerfen.

In zwei Ballungsgebieten des Landes Baden-Württemberg, im Rhein - Neckarkreis und im Großraum Stuttgart, konsolidierten sich nach längerer Aufbauzeit die "Arabische Arbeiterschaft Mannheim - Viernheim" und die "Arabische Arbeiterschaft Stuttgart". Beide Vereine bemühen sich nicht vorrangig um die soziale Betreuung ihrer Mitglieder, sondern vielmehr um deren politische Aktivierung für die "palästinensische Sache". In ihren Stellungnahmen zum politischen Geschehen im Mittleren Osten und zum Verhältnis zwischen dieser Region und den westlichen Demokratien vertreten beide Organisationen die Forderungen der "Front der Ablehnung". Während der Libanonkrise spendeten sie größere Summen für die kämpfenden palästinensischen Kommandos und die linksrevolutionären Milizen. Beide Organisationen unterhalten zudem rege Kontakte zu anderen politisch extremen Ausländergruppen und arbeiten mit deutschen linksextremistischen Parteien und Vereinigungen zusammen.

3. Türken

Eine starke politische Aktivität entfalteten auch 1976 die türkischen Linksextremisten. Sie haben im Vergleich zum Vorjahr ihre Propagandaarbeit verstärkt, konnten ihre Mitgliederzahlen

weiter steigern und ihre Organisationen festigen. Daß ihr Wirken von der deutschen Öffentlichkeit weniger beachtet wird als das anderer politisch extremer Ausländergruppen, dürfte unter anderem an der nur sporadischen Zusammenarbeit mit deutschen linksextremistischen Gruppen liegen. Bei den türkischen Organisationen mit terroristischen Zielsetzungen, wie der "Volksbefreiungsarmee der Türkei" (THKO) und der "Türkischen Volksbefreiungsfront" (THKL), fällt ins Gewicht, daß diese betont konspirativ arbeiten und das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland lediglich als Basis für die Aktivitäten ihrer Zentralen in der Türkei benützen.

Im Vordergrund der politischen Agitation standen sowohl bei den türkischen orthodox-kommunistischen Organisationen als auch bei denjenigen der "Neuen Linken" innertürkische Angelegenheiten. Gemeinsam ist allen Gruppierungen die kompromißlose Kampfansage an die derzeitige türkische Regierung, deren Beseitigung letztlich als Ziel verfolgt wird.

Zu der aktivsten Organisation der türkischen "Neuen Linken" hat sich die in der Türkei illegale "Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten" (TKP/ML) mit ihren "Frontorganisationen" entwickelt. Sie kontrolliert auch die "Studentenföderation der Türkei in Deutschland e.V." (ATÖF).

Seit Anfang des Jahres 1976 wird auch in deutschen Publikationsorganen gegen die türkische rechtsextremistische "Partei der Nationalistischen Bewegung" (MHP) und deren militante Jugendorganisation "Graue Wölfe" der Vorwurf der Verbreitung eines religiös und politisch motivierten Terrors unter den türkischen Landsleuten erhoben.

Die MHP ist eine straff organisierte nationalistisch-rassistische Partei mit kompromißlos antikommunistischer Zielsetzung. Ihre offen propagierten Ideen lassen darüber hinaus ihren religiös-

fanatischen Charakter erkennen. Die politische Aktivität der Partei wird der deutschen Öffentlichkeit kaum bewußt, da sich die MHP eingedenk ihrer politischen Zielsetzung ausschließlich der Agitation unter ihren Landsleuten widmet.

Bis zu ihrer offiziellen Auflösung im Herbst 1976 verfügte die MHP, deren Stärke in Baden-Württemberg zwischen 500 und 800 Mitglieder und Anhänger betragen dürfte, außer den von M a n n - h e i m und S t u t t g a r t aus geführten Sektion noch in etwa 15 Städten und Gemeinden über Stützpunkte.

Die auch in Baden-Württemberg bekanntgewordenen, teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen türkischen Arbeitnehmern, die in der Presse weitgehend den "Grauen Wölfen" angelastet wurden, können nicht hinreichend beweiskräftig als politisch motiviert und von Angehörigen der "Grauen Wölfe" begangen oder veranlaßt bezeichnet werden.

4. G r i e c h e n

Den griechischen Extremistengruppen ist es gelungen, ihre Basis deutlich zu verbreitern. Besonders erfolgreich war - im Gegensatz zum Vorjahr - die orthodoxe "Kommunistische Partei Griechenlands" (KKE-Ausland), die nicht nur ihre Organisation festigen und den Ausbau ihrer regionalen Zweiggruppen verwirklichen, sondern darüberhinaus die Zahl ihrer Mitglieder weiter steigern konnte. In Baden-Württemberg bestehen gegenwärtig 10 regionale Gruppen der Partei. Auch der Ausbau der Jugendorganisation "Kommunistische Jugend Griechenlands" (KNE) sowie die Gründung von Jugend- und Frauenabteilungen in dem mitgliederstarken und von der KKE-Ausland gesteuerten "Bund griechischer Gemeinden" (OEK) wurde weiter vorangetrieben.

Gemeinsam gegen Großkapital und Reaktion, für Frieden, Freiheit und Sozialismus!

Internationale Solidaritätskundgebung

Die Deutsche Kommunistische Partei und die Griechische Kommunistische Partei laden zu einer internationalen Manifestation ein.

Festhalle OSTFILDERN-NELLINGEN (Esslingen-Stuttgart)

30. Mai 1976 - 1430 Uhr

Es sprechen

Werner Cieslak,

Sekretär des Parteivorstands der DKP

Antonis Ampatielos,

Mitglied des Politbüros des ZK der
Kommunistischen Partei Griechenlands

Die Deutsche Kommunistische Partei und die Griechische Kommunistische Partei kämpfen gemeinsam im Geiste der Ideen von Marx, Engels und Lenin und des proletarischen Internationalismus:

- Für das gemeinsame Handeln der Arbeiterklasse und aller arbeitenden Menschen, der Arbeiter und Angestellten der Bundesrepublik und der ausländischen Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik;
- für Entspannung, Frieden und Sicherheit in Europa;
- für die Verwirklichung der Schlußakte der Konferenz von Helsinki;
- für die Einheit aller antiimperialistischen, demokratischen und fortschrittlichen Kräfte.

Die DKP ist solidarisch mit dem Kampf der griechischen Kommunisten und anderen Demokraten:

- für die Auflösung der fremden Militärstützpunkte in Griechenland;
- für eine souveräne Außenpolitik im Interesse der nationalen Unabhängigkeit, des Friedens, der Freundschaft und der Zusammenarbeit mit allen Ländern;
- für die Nichtverwirklichung des antinationalen Rahmenvertrages zwischen Griechenland und den USA und
- für die Annullierung des Unterwerfungsvertrages aus dem Jahre 1953.

Die Griechische Kommunistische Partei ist solidarisch mit dem Kampf der DKP und anderer Demokraten:

- für die sozialen und demokratischen Rechte des arbeitenden Volkes, gegen das Großkapital;
- für die Verteidigung der Freiheit, gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote;
- für das gemeinsame Handeln von Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilosen Arbeitern und Angestellten gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf das werktätige Volk;
- für Entspannung und Sicherheit, gegen die verstärkte Aufrüstung in der Bundesrepublik

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI

DKP

GRIECHISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI

KKE

Vor Beginn der Kundgebung spielt die griechische Songgruppe "Z".



Die KKE-Ausland erhielt bei ihrer "Massenarbeit" die nachdrückliche Unterstützung der "Deutschen Kommunistischen Partei" (DKP). Auf gemeinsamen Veranstaltungen (vgl. Anlage 10) wurde nicht allein die angebliche Ausbeutung der griechischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland angeprangert, sondern auch in scharfer Form die von KARAMANLIS geführte Regierung in Griechenland kritisiert, die sich an die NATO verkauft habe. Beide Parteien versicherten sich mehrfach der "unverbrüchlichen Freundschaft".

Die linkssozialistische "Panhellenische Sozialistische Bewegung" (PASOK) konnte ebenfalls neue Mitglieder gewinnen und die Anzahl ihrer Ortsgruppen in Baden-Württemberg auf 20 erhöhen. Sie arbeitet verstärkt mit der KKE-Ausland zusammen und unterhält Kontakte zur "Palästinensischen Befreiungsorganisation" (PLO).

Die seit der Ablösung des griechischen Militär-Regimes in den Hintergrund getretenen rechtsextremistischen griechischen Vereinigungen zeigen Ansätze einer neuen Aktivität. Die "Fortschrittliche Union der Griechen in Deutschland - Landesverband Baden-Württemberg" (PEEG), die eine Wiedererrichtung der Diktatur in Griechenland erstrebt, hat sich aktiv in den "Kampf" des "Weltverbands der Griechischen Nationalisten" (PSEE) gegen die Regierung KARAMANLIS und für eine Haftentlassung des ehemaligen Führers der Militärjunta, PAPADOPOULOS, eingeschaltet. Zur Erreichung dieser Ziele schließen die griechischen Rechtsextremisten auch einen Putschversuch in Griechenland nicht aus.

5. I r a n e r

Die international tätige "Conföderation Iranischer Studenten - National Union" (CISNU) ist nach einem seit Jahren währenden ideologischen Streit in einen maoistischen und einen sozial-

revolutionären Flügel zerfallen. Die Spaltung begann in der CISNU-Dachorganisation, setzte sich in den nationalen Verbänden, den "Föderationen Iranischer Studenten" (FIS), fort und führte zu Auseinandersetzungen innerhalb der "Iranischen Studentenvereine" (ISV).

In Baden-Württemberg bestehen an allen Universitäten des Landes, mit Ausnahme von U l m und M a n n h e i m , CISNU-Gruppen und "Iranische Studentenvereine" mit insgesamt etwa 200 Mitgliedern. Der aktivste Stützpunkt besteht unverändert an der Universität K a r l s r u h e .

Das betont konspirative Verhalten der CISNU-Mitglieder sowie die Zunahme von Gewaltakten, die sich zumeist gegen iranische Einrichtungen im In- und Ausland richten, verdeutlichen den zunehmend aggressiven, wenn nicht sogar terroristischen Charakter der Organisation (vgl. Anlage 11a und 11b).

6. S p a n i e r

Die "Kommunistische Partei Spaniens" (PCE) verfügt in der Bundesrepublik Deutschland über einen gut organisierten Parteiapparat. Trotz erheblicher Anstrengungen gelang es der Partei jedoch nicht, die Zahl ihrer Mitglieder wesentlich zu erhöhen.

Bei der Verfolgung ihrer politischen Ziele bedient sich die PCE der "Vereinigung der Spanier in der Bundesrepublik Deutschland" (AERFA) und der kommunistisch unterwanderten "Spanischen Kultur-Klubs" (CCE).

In Baden-Württemberg verfügt die PCE über 22 aktive oder im Aufbau befindliche Zweiggruppen und wird in ihrer Arbeit von 20 "Kultur-Klubs" unterstützt.

FIS INFO

Zeitung der Föderation Iranischer Studenten in der
BRD und Westberlin - Mitglied der CISNU -

Nr. 2 ; Sondernummer

3. Jahrgang

Februar 77

Westdeutscher Verfassungsschutz - Komplize der Mörderbande des Schah SAVAK

Regierungssprecher Grünewald erklärte in einer Pressekonferenz am Anfang dieses Monats, daß der westdeutsche Verfassungsschutz seit 1959 den iranischen Geheimdienst SAVAK mit Informationen über Iraner und ihre Aktivitäten versorgt. Um dieses schmutzige Zusammenspiel des Verfassungsschutzes mit der Mörderbande des faschistischen Schah-Regimes, dessen Verbrechen und Greueltaten in der heutigen Zeit beispiellos sind, zu verheimlichen, sagte er, daß nur Informationen über "illegale Aktivitäten" und "kriminelle Gruppen" an den SAVAK weitergeleitet werden.

Diese Offenbarung der Bundesregierung, die bis dahin hartnäckig jede Zusammenarbeit mit dem SAVAK bestritt und sie als "Gerüchtemacherei der Linksextrimesten" bezeichnete, geschah nach einer Presseerklärung des iranischen Außenministers Khatlabari, in der er seinen Dank für die Hilfeleistungen der Bundesbehörden bei der Verfolgung der iranischen Demokraten und Antifaschisten zum Ausdruck brachte. Danach war die Bundesregierung gezwungen, wieder einmal ihre demokratische Maske fallen zu lassen und endlich Farbe zu bekennen.

Die enge Zusammenarbeit der westdeutschen Behörden mit dem faschistischen Schah-Regime und dessen Unterdrückungsapparaten, die Tatsache, daß der westdeutsche Staat immer wieder iranische Demokraten und Antifaschisten des Schah-Regime aus Messer liefert, ist seit Jahren kein Geheimnis mehr. Beweise für die Dienstleistungen des Verfassungsschutzes und der westdeutschen Polizei gibt es mehr als genug. So hat z.B. die westdeutsche Polizei die Namensliste der Iraner, die an einer Protestaktion gegen das iranische Konsulat in München teilgenommen hatten, dem SAVAK übergeben. Am Tag darauf wurden alle diese Namen in der lateinischen Reihenfolge des Alphabets in den iranischen Zeitungen veröffentlicht. Nur die westdeutsche Polizei, die die Iraner bei dieser Aktion festgenommen hatte, war im Besitz dieser Namen. So standen z.B. in den iranischen Zeitungen Einzelheiten über die Tascheninhalte eines CISNU-Mitglieds, das 1976 von der westdeutschen Polizei unter schamlosen Verdächtigungen vorübergehend festgenommen worden war.

Wenn heute die Bundesregierung so scheinbar die Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit dem SAVAK als "Bekämpfung illegaler und terroristischer Aktivitäten" hinstellt, dann muß sie erst erklären, was illegal und kriminell ist. Wir wissen aus unserer Erfahrung, was in den Augen des westdeutschen Staates terroristisch, kriminell und illegal ist. Für dieses Pack von Imperialistenknechten ist zum Beispiel kriminell, wenn die Iraner den Schah als das bezeichnen, was er ist, nämlich ein Verräter, Mörder und Verbrecher. Für die herrschende Klasse in der BRD und ihre Behörden ist es kriminell und illegal, wenn hier das faschistische Schah-Regime entlarvt und eine Solidaritätsbewegung mit dem Freiheitskampf des iranischen Volkes mobilisieren. Und kriminell ist es auch, wenn die Verbrechen der westdeutschen Imperialisten in Iran aufdecken. Sie nennen die Conföderation Iranischer Studenten-National Union eine "Organisation mit kriminellen Tätigkeiten", weil sie den gerechten Kampf des iranischen Volkes propagiert und die Öffentlichkeit gegen die faschistische Unterdrückung in Iran mobilisiert.

So wird es klar, wer vom Verfassungsschutz des Schah-Regime aus Messer geliefert wird: iranische Antifaschisten und Demokraten. Hingegen laufen die wirklichen Terroristen und Kriminellen, nämlich die SAVAK-Agenten, unbehelligt in der BRD herum und stehen bei ihrer Tätigkeit unter dem Schutz der westdeutschen Polizei. Bisher ist uns kein einziger Fall bekannt, daß ein SAVAK-Agent ausgewiesen oder abgeschoben worden ist, obwohl sie z.T. namentlich der Bundesregierung bekannt sind; wohl aber

mehrere CISNU-Mitglieder. Und jedesmal war der Grund dieser Ausweisungen und Abschiebungen die Aktivitäten dieser Iraner gegen das faschistische Schah-Regime und dessen Verbrechen, die als "Gefährdung der Belange der BRD" hingestellt wurden.

Hat etwa die Bundesregierung je die Tatsache der vier "Diplomaten" in Bonn, Dabestan, Paraakia, Bijwan und Amir Khalili unterbunden? Im Gegenteil, sie sind sogar Kontaktpersonen des SAVAK zum Verfassungsschutz und zur Polizei und genießen "Diplomatenstatus". Hingegen werden Demonstrationen der CISNU gegen Foltermorde und Hinrichtungen verboten, weil sie "das friedliche Zusammenleben der beiden Völker stören". Dies waren Verbotgründe für unabhällige Demonstrationen der CISNU. Wer also gegen das faschistische Schah-Regime kämpft gefährdet die "Interessen des deutschen Volkes" und begeht illegale und kriminelle Taten. Er wird, wenn er ein Iraner ist, dem SAVAK aus Messer geliefert, wie Regierungssprecher Grünewald zugibt; ist er ein Deutscher, so kann er sogar erschossen werden, wie Henno Ohmberg, der bei einer Anti-Schah-Demonstration 1967 in Westberlin ermordet wurde. Hinter all diesen reaktionären Maßnahmen steht die Profitgier der westdeutschen Kapitalisten. Sie, die an der Ausbeutung der Reichtümer des iranischen Volkes maßgebend beteiligt sind, wissen es zu gut! Solange das faschistische Schah-Regime in Iran herrscht, solange das iranische Volk niedergehalten wird, können sie ihren Raub in Iran fortsetzen. Um dieses Regime in Iran am Leben zu erhalten, tun sie alles, auch vor Morden schrecken sie nicht zurück.

Die Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit dem SAVAK ist eine Seite der Unterstützung der Bundesregierung für das faschistische Schah-Regime. Andere Seiten davon sind ihre Waffenlieferungen, die Ausbildung iranischer Offiziere, die politische und wirtschaftliche Unterstützung dieses Regimes.

Die Unterstützung eines Regimes, in dessen Kerkerzellen 100 000 Patrioten gefangengehalten werden, das alle 2 Tage einen Freiheitskämpfer niederknallt, wird als eine Politik im Interesse des deutschen Volkes hingestellt. Das ist die Logik von Gangstern. Das ist Verrat an Interesse des deutschen Volkes und das sind Verbrechen an den iranischen Werktätigen.

Neu erschienen! Faschistischer Terror im Iran



Eine Dokumentation über die Beschleissigung, Folterung und Ermordung der politischen Gefangenen im Iran

Herausgeber:
Föderation Iranischer Studenten

2. Auflage 4.- DM

Der iranische Geheimdienst SAVAK, eine Bande von Verbrechern und Mördern!

Mit seinen 200 000 Agenten, Folterknechten und Henkern gilt der SAVAK, das "wache Auge" des Schah, als eine Terror-Organisation, deren Stellung als würdiger Nachfolger der Gestapo unbestritten ist. Sie ist nichts anderes als eine staatlich bezahlte Mörderbande mit strenger "Moral": Auserkorene Sadisten erhalten dafür eine spezielle Ausbildung, z.T. in USA und Israel. 1957, 4 Jahre nach dem CIA-Putsch, der den Schah wieder auf den Pfauenthron brachte, wurde der SAVAK von Spezialisten der CIA und der englischen Intelligence Service aufgebaut. Im Laufe der Jahre wurde er zu einer gigantischen Organisation, die neben der Armee und Polizei ein Hauptstützpunkt der Pfauenthron ist. Die wesentlichste Aufgabe des SAVAK ist die Bekämpfung jeglicher demokratischer und fortschrittlicher Bewegung. Er bespioniert die Bevölkerung bis ins letzte Dorf und in die abgelegenste Fabrik oder Werkstatt hinein. Die Verfolgung, Verhaftung, Folterung und Ermordung von demokratischen und fortschrittlichen Oppositionellen gehört zu seinen Tagesaufgaben. Unter dem Kommando vom SAVAK werden täglich Menschen auf offener Straße mit Maschinenpistolen im Anschlag abgeführt oder einfach über den Haufen geschossen. Die beispiellosen Folterungen der fortschrittlichen Oppositionellen durch den SAVAK sind eine Herausforderung für die Menschheit! Vom Ausmachen von Zigaretten im Gesicht und auf den Genitalien bis zum Abhängen verschiedener Körperteile, vom Zwingen des Gefangenen, sein eigenes Fleisch zu essen, bis zum Herauspielen der Augen - all das gehört zu den Foltermethoden des Schah-Regimes. Asghar Badizadegan z.B., wurde 4 Stunden lang auf einer heißen Kochplatte festgebunden und ermordet. Vor den Augen Nassar Samavatis wurden seine Frau und Kind gefoltert und vergewaltigt. Zu Tode gefoltert wurden u.a. die 2 Patriotinnen Amini und Rezai. Der faschistische Terror im Iran und die Existenz des SAVAK sind nicht etwa ein Fehler im iranischen Herrschaftssystem. Ein verfaultes, korruptes und verräterisches Regime, das auf Leichen von Tausenden unserer Landsleute aufgebaut worden ist, ein Regime, das unserem Volk vom Imperialismus aufgezogen worden ist und keine Basis im Volk hat, kann sich nur mit nacktem Terror und mit Hilfe dieser Art von Mörderbanden am Leben erhalten. Die Tatsache, daß es im Iran 100 000 politische Gefangene gibt, und die hohe Zahl der gefallenen Genossen - 200 im Jahre 1976 zeigen nicht nur den Ausmaß des faschistischen Terrors, sondern auch daß unser Volk kämpft und lebt. Dies beweisen auch die täglichen Kämpfe, die in verschiedensten Formen im Iran stattfinden. Der faschistische Terror ist der letzte Versuch dieses Handlanger-Regimes des US-Imperialismus, seinen Untergang noch hinauszuschieben; er zeigt seine totale Isolation unter den Volksmassen. Die Stunde des Schah-Regimes hat geschlagen und unser Volk wird auf den Trümmern dieses Regimes einen freien, unabhängigen und demokratischen Iran errichten und dabei werden auch all diejenigen, die an der Seite des faschistischen Schah-Regimes stehen, wie der BRD-Imperialismus und sein Staat, nicht billig davonkommen, und in diesem Kampf stehen dem iranischen Volk die Völker der Welt und unter ihnen auch das deutsche Volk zur Seite und bringen ihm volle Sympathie entgegen.

Internationale Proteste

Die faschistische Unterdrückung im Iran zündet immer mehr auf Bewegung. Bereits diese unterstützen zahlreiche demokratische und fortschrittliche Persönlichkeiten, Verbände und Organisationen die Aktivitäten der FIS. Sie setzen sich gegen die Angriffe der westdeutschen Behörden gegen unsere Organisation und Mitglieder ein und fordern die Unterbindung der Tätigkeit des SAVAK in der BRD und die Einstellung jeglicher Unterstützung für das Schah-Regime durch die Bundesregierung. Die folgende Resolution steht als ein Beispiel für viele.

Protesterklärung der Delegierten des 1. Kongresses Europäischer Schriftsteller- organisationen

Der 1. Kongreß Europäischer Schriftstellerorganisationen fand vom 11.-13. Februar in Westberlin statt.

Auf dem Kongreß waren 28 Delegierte und über 100 Teilnehmer anwesend. Auf dem Kongreß wurde dem FIS-Vertreter die Möglichkeit gegeben, in einem Beitrag über die Lage im Iran zu berichten. In seiner Rede entlarvte er die Verbrechen des faschistischen Schah-Regimes und forderte auf, den Kampf des iranischen Volkes noch aktiver als bisher zu unterstützen und den Angriffen des Schah-Regimes und der internationalen Reaktion auf die CISNU entgegenzutreten.

Folgende Protesterklärung wurde von 33 Delegierten und Teilnehmern unterzeichnet:

Die am Ersten Europäischen Kongreß teilnehmenden Autoren in Berlin verurteilen aufs schärfste den faschistischen Terror

des Schah-Regimes gegen fortschrittliche iranische Oppositionelle

Siehe Rückseite

Die Liberalität des Herrn Malhofer, oder die Kooperation eines Komplotts zwischen der BRD-Regierung und dem Schah gegen die iranische Opposition!

Das, was die iranische Opposition und ihre offizielle Organisation im Ausland CISNU seit über ein Jahrzehnt immer wieder sagte und zu beweise suchte, ist endlich von offizieller Seite zugegeben worden. Am Montag dem 31. 1.77 haben mehrere internationale Nachrichtenagenturen, u.a. hier in der BRD das ZDF (schon am Sonntag den 30. 1.77) und die Frankfurter Allgemeine Zeitung und die Frankfurter Rundschau auf der ersten Seite ihrer Ausgabe in großer Aufmachung die Auslassungen des Außenministers des Schah wiedergegeben. Darin heißt es u.a., daß die BRD-Regierung und das faschistische Schah-Regime sich gegenseitig in ihrem Spitzeldienst unterstützen und zwar dies - wie später der Regierungssprecher Grünewald konkretisierte - bereits seit dem Jahre 1959.

Dafür, daß die ach so demokratische und liberale Regierung der BRD dem Diktator vom Iran und dem Mörder von Tausenden Frauen, Männern und Kindern ihre Spitzelberichte über die iranische Opposition und vor allem über die CISNU liefern, gibt der Terrorist Schah, basierend auf den Verträge bilateraler Ebene, seinerseits der BRD-Regierung die Spitzelberichte der im Iran lebenden deutschen Staatsbürger.

Über den faschistischen Charakter des terroristischen Regimes des Schah besteht wohl mittlerweile in der Welt kaum noch Zweifel, aber darüber, ob die Machthaber in der BRD in einer anderen Form doch noch die Nachfolger des "dritten deutschen Reichs" sind, wird bereits nicht nur in der BRD, sondern zu Recht in der Welt, diskutiert. Wir meinen, daß eine offene Zusammenarbeit mit den Faschisten - und hier handelt es sich ja um eine deutliche Unterstützung der Mörderbande im Iran - eine vielsagende Argumentation ist, die bei solchen Diskussionen nicht außer acht gelassen werden dürfte. Ja die faschistischen Machthaber im Iran gehen in ihrer Primitivität und 'Offenherzigkeit', die die BRD-Regierung sicher in Erstaunen versetzte, noch viel weiter. Sie sagen ganz offen, wir bespitzeln die etwa 10 000 Deutschen im Iran und dafür bespitzeln die deutschen Geheimdienstler und 'Verfassungsschützer' die demokratische antifaschistische iranische Opposition in der BRD und anschließend tauschen wir die Informationen aus, zum Zweck der Folter und des Mordes. Nun wird es uns, der demokratischen und antifaschistischen iranischen Opposition, der CISNU, klar, woher es wohl kommt, daß gerade die BRD-Geheimdienstler in ihrem 'Schwarz'-Buch nämlich im 'Verfassungsschutzbericht' 1975 auf der Seite 136, die CISNU als eine terroristische Organisation bezeichnen. Natürlich, wenn jemand mit dem faschistischen Schah-Regime und seinem gedungenen Mörder SAVAK (Schah-Gestapo) so eng und so

Wie du werden sollst

Die Verleumder sollen dich nennen Verleumder
Die Verräter sollen dich nennen Verräter

Die Feiglinge sollen dich einen Feigling nennen
Die Hinterlistigen sollen dir nachsagen Hinterlist

Die Bundesgenossen von Mördern sollen dich einen Bundesgenossen von Mördern nennen

Und alle für die das Denken eine Gefahr ist sollen alle warnen vor deinem gefährlichen Denken

Die Machthaber sollen die Ohnmächtigen warnen vor deiner Ohnmacht oder vor deiner Machtgier

Die Käuflichen sollen dich laut käuflich nennen und leise einander fragen warum du es noch nicht bist

Die Unwissenden sollen dich unwissend nennen
Die Verbohrten sollen klagen dass du verbohrt bist

Die Dummen sollen plappern von deiner Dummheit
Die ungestraften Lügner sollen dich Lügen strafen

Die Ungerechten sollen dich ungerecht nennen
Die Verfolgten sollen wissen dass du ein Verfolgter bist

Erich Fried

gut zusammenarbeitet, dann muß er auch mit einer Zunge, nämlich der des Schahs, reden und die CISNU als eine Terroristische Organisation bezeichnen. Es ist in diesem Zusammenhang vielleicht noch interessant zu wissen, daß in einer Kampagne, die z.Zt. durch das faschistische Iranische Regime in seinen Zeitungen gegen die CISNU geführt wird, wird die CISNU als eine terroristische Organisation bezeichnet und Amnesty International als eine Organisation, die terroristische Organisationen unterstützt.

Der Schah selbst hat in einem Interview vor 10 Tagen Amnesty International und die CISNU bezichtigt 'verräterische Tätigkeiten im Dienste der ausländischen Mächte gegen den Iran zu betreiben.'

Die letzten Meldungen beweisen erneut, die Machthaber in der BRD sind auch bereit - damit der Öl-hahn vom Persischen Golf ewig offen bleibt und der Absatzmarkt in Iran für ihre Industrieprodukte erhalten bleibt - die Menschenrechte mit den Füßen zu treten! Im Vergleich zum Öl-Geruch und den klingenden Münzen in den Kassen ihrer Konzerne verwandeln sich Vokabulare, wie Menschenrecht und Freiheit, in eine Farce. Für Herrn Friedrich, Malhofer, Schmidt und wie sie sonst noch alle heißen, zählen nur die Abschlüsse von gewinnträchtigen Verträgen mit dem faschistischen Regime und nicht diejenigen, auf deren Rücken diese Verträge lasten. In diesem Punkt sind die Herren Demokraten und Liberalen sehr konsequent. Ja sogar so konsequent, daß sie nicht nur gegen das iranische, sondern auch gegen ihr eigenes Volk mit der Gestapobande des Schah (SAVAK) aufs engste zusammenarbeiten. Uns ist einer der alten 'Winache' des Faschisten Schah an seine imperialistischen Herrn bekannt, nämlich das 'Mundtotmachen' der demokratischen iranischen Opposition in den Ländern der Metropole. Denn, bekanntlich betreibt der Diktator vom Iran schon seit Jahrzehnten eine systematische Liquidierung jeglicher Opposition im Iran, indem er versucht jeden Ruf nach Freiheit im Keim zu ersticken. Diesem Wunsch des Diktators beugt sich die BRD-Regierung. Dazu die folgenden Fakten, wobei wir in diesem Zusammenhang nur auf die Fakten der jüngsten Vergangenheit eingehen, da sie noch vielen in Erinnerung sind.

-- Im Frühjahr 1976 wurden Mitglieder der CISNU, die wegen Folterungen und Hinrichtungen iranischer Oppositioneller durch das faschistische Schah-Regime, im europäischen Ausland protestiert hatten, um die Öffentlichkeit auf diese Situation im Iran aufmerksam zu machen, durch die Behörden der BRD - nach den Methoden, die im 3. Reich praktiziert wurden - mit Aufenthaltsbeschränkungen nur auf die Städte, in denen sie studierten oder höchstens ein paar umliegende Landkreise, versehen. Das Verlassen dieser Arrestzone könne nur in dringenden Fällen und nach vorheriger schriftlicher Anzeige bei der zuständigen Behörde genehmigt werden. Es ist zu bemerken, daß es einem dieser Studenten nach dieser Verfügung nicht mehr möglich war zu studieren, denn sein Institut lag außerhalb dieser grauen Sperrzone. Heute noch sind von solchen Verfügungen zwei CISNU-Mitglieder in Köln betroffen.

7. I t a l i e n e r

Trotz der Rückkehr zahlreicher italienischer Arbeitnehmer in ihre Heimat ist es der orthodoxen "Kommunistischen Partei Italiens" (PCI) gelungen, ihre Mitgliederzahl im Bundesgebiet zu halten. In Baden-Württemberg bestehen in 29 Städten und Gemeinden sogenannte PCI-Kreisorganisationen, die dem Gebietskomitee Süd mit Sitz in S t u t t g a r t zugeordnet sind. Auch der Massenorganisation der PCI, dem "Italienischen Verband der Gastarbeiter und ihrer Familien" (FILEF), der zugleich Dachorganisation für zahlreiche kommunistisch gesteuerte Betreuungsorganisationen ist, gelang es, ihre Organisation zu festigen. Diese für die Kommunisten günstige Entwicklung ist insbesondere auf die Aktivierung der im Bundesgebiet lebenden Italiener anlässlich der Wahlen in Italien im Juni 1976 und auf den dabei erzielten Wahlerfolg der PCI zurückzuführen.

8. J u g o s l a w e n

Die Bundesrepublik Deutschland ist unverändert bevorzugte Operationsbasis kroatischer Nationalisten, wobei das Land Baden-Württemberg mit zu den Schwerpunktbereichen zählt. Zahlreiche Gewaltakte kroatischer Extremisten, darunter eine Reihe von Mordanschlägen, bewirkten, daß der Bundesminister des Innern mit Verfügung vom 1. Juni 1976 die militant-nationalistischen Emigrantenorganisationen "Kroatischer Nationaler Widerstand" (HNO) und "Kroatischer Verein Drina e.V.", verbot und auflöste. Beide Vereinigungen haben gegen das Verbot Anfechtungsklage beim Bundesverwaltungsgericht erhoben. Die Verwaltungsstreitverfahren sind noch nicht abgeschlossen.

Im Dezember 1976 wurde im Bundesgebiet eine in den USA gedruckte Ausgabe des Verbandsorgans "OTPOR" der Organisation "Kroatischer Nationaler Widerstand" (HNO) verbreitet. Darin wurde ausführlich zum Verbot der beiden Emigrantenorganisationen Stellung genommen und die Bundesrepublik Deutschland als "Polizeistaat" diffamiert,

"der mit erprobten Gestapomethoden fortfährt, Ausländer - besonders Kroaten - zu verfolgen, gegenüber denen die Deutschen, aufgrund der moralischen und historischen Schuld, mehr Rücksicht nehmen und Verständnis haben müßten".

Zugleich lassen die Verfasser keinen Zweifel daran, daß der kroatische "nationale Widerstand" seine Tätigkeit auch ohne die Mitwirkung seiner Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland fortsetzen wird.

IV. Zur Situation auf dem Gebiet der Spionagebekämpfung

1. Allgemeiner Überblick

Die Geheimdienste der Staaten des kommunistischen Machtbereiches setzten auch 1976 ihre nachrichtendienstlichen Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland und die NATO unvermindert fort.

Im Jahre 1976 stieg die Zahl der beim Landesamt für Verfassungsschutz eingegangenen Hinweise, nach dem kräftigen Anstieg von 1975 (13,2 %), erneut um 4,1 % an. Rund 55 % aller Verdachtshinweise stammten von den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder. In ungefähr 30 % der Fälle machten Polizeidienststellen auf nachrichtendienstliche Hintergründe aufmerksam. Die restlichen 15 % entfallen auf Privatpersonen, Verwaltungsbehörden und die Industrie.

Die Spionagebedrohung der Bundesrepublik Deutschland ging wie in den Vorjahren überwiegend von den Geheimdiensten der DDR aus, deren Anteil bei den erkannten nachrichtendienstlichen Verbindungen seit Jahren ungefähr 75 % beträgt. In den Rest teilen sich die Nachrichtendienste der übrigen Staaten des kommunistischen Machtbereiches.

Etwa 65 % der Personen aus der Bundesrepublik Deutschland, die Objekt erkannter nachrichtendienstlicher Werbung waren, wurden im kommunistischen Machtbereich angesprochen. Reisen jeder Art dienten dabei als Kontakthanlage. In anderen Fällen erfolgte überwiegend briefliche Anbahnung, eine Werbemethode, die fast ausschließlich von DDR-Nachrichtendiensten angewandt wird.

Die Dienste der Ostblockstaaten werteten offenbar systematisch Stellengesuche in Zeitungen und Fachzeitschriften der Bundesrepublik Deutschland für ihre Zwecke aus. Die Aufgabe eines Inserates war bei ungefähr 40 % der brieflichen Anbahnungen der

Anknüpfungspunkt.

Bei Personen mit Wohnsitz im kommunistischen Machtbereich waren deren Bemühungen um Aussiedlung oder Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland häufigster Kontaktpunkt.

2. Werbungsmittel

Die Werbungsmittel der Geheimdienste kommunistischer Staaten sind im wesentlichen gleich geblieben:

An der Spitze stehen Zusicherungen von Vorteilen aller Art wie Einreisebewilligungen und Aufenthaltsgenehmigungen, Niederschlagung von Straf- und Parteiverfahren, berufliche Förderung oder finanzielle Zuwendungen. Nach wie vor erfolgen "Werbungen unter falscher Flagge", wobei der Angesprochene über den wahren Auftraggeber und die tatsächliche Art der ihm angesonnenen Tätigkeit getäuscht wird. Dieses Mittel wird insbesondere bei brieflichen Anbahnungen verwendet. Ideologische Motive spielen bei Werbungen nur eine untergeordnete Rolle.

Der Anteil der nachrichtendienstlich angesprochenen Personen, die eine geheimdienstliche Mitarbeit von vornherein ablehnten, hat stark zugenommen. Wahrscheinlich spielten dabei die Berichterstattung über den Spionagefall GUILLAUME und die zunehmende Zahl von Enttarnungen eingeschleuster Agenten sowie die sich daran anschließenden Diskussionen über Spionage und ihre Bekämpfung eine Rolle.

3. Führungs- und Verbindungswesen

Im Führungs- und Verbindungswesen waren keine wesentlichen Änderungen festzustellen. Bei den Nachrichtendiensten der DDR steht nach wie vor der persönliche Treff mit dem Führungsoffizier

in Berlin (Ost) an erster Stelle, auch wenn die Führungsstelle ihren Sitz an einem anderen Ort der DDR hat. Der Grund hierfür ist die einfache und für den Agenten fast risikolose Einreise mit Tagesaufenthaltsgenehmigung. Dazu kommt die Möglichkeit, mitgebrachtes nachrichtendienstliches Material in einem Schließfach oder bei der Gepäckaufbewahrung am Bahnhof Friedrichstraße abzulegen, wo es der Führungsoffizier abholt oder abholen läßt.

Neben Berlin (Ost) war auch Leipzig während der Frühjahrs- und Herbstmessen bevorzugter Treffort. Auch hierfür ist die einfache und unverdächtige Einreisemöglichkeit (Messeausweis, plausibler Reisegrund) ursächlich.

Treffs im neutralen westlichen Ausland (z.B. Österreich, Schweiz) finden dann statt, wenn es dem angeworbenen Agenten aus irgendwelchen Gründen unmöglich ist, in die DDR zu reisen. Diese Methode findet auch dann Anwendung, wenn er sich durch eine DDR-Reise möglicherweise verdächtig machen würde. Neben den persönlichen Treffs werden Verbindungen weiterhin über Deckadressen in der DDR, über Funk und "Tote Briefkästen" (vor allem Verstecke in den Interzonenzügen) sowie durch Einsatz von Kurieren und Instruktoren gehalten.

Die anderen kommunistischen Nachrichtendienste führen ihre Agenten weiterhin über ihre "legalen Residenturen", wobei auch die herkömmlichen Führungsmittel wie Kurier, Deckadresse und Agentenfunk benützt werden.

Die Einschleusung von Agenten in die Bundesrepublik Deutschland erfolgt im übrigen zunehmend unter der Legende legaler Übersiedlung. Dies steht offenbar im Zusammenhang mit der Zunahme der Übersiedlungen und dem Rückgang der Flüchtlingszahlen.

4. Ausspähungsziele

Ungefähr 60 % der erkannten nachrichtendienstlichen Aufträge der Geheimdienste des kommunistischen Machtbereiches entfielen auf den militärischen und den industriellen Bereich. Richteten sich die Aufträge auf dem militärischen Sektor zunehmend gegen Spezialeinheiten der Bundeswehr, so lag der Schwerpunkt im industriellen Bereich bei der Rüstungstechnik. Ferner waren die Elektro-Industrie, die Kernforschung und die elektronische Datenverarbeitung - wie bereits bisher - spezielle Zielobjekte der kommunistischen Nachrichtendienste.

5. Festnahmen, Verhaftungen

Nach Vorermittlungen des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg wurden 1976 vier Personen wegen Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit festgenommen. Gegen alle Beschuldigten erging Haftbefehl. Die Verfahren sind noch nicht abgeschlossen.

Gegen drei Personen, die sich nach der Festnahme-Aktion im Juni 1976 dem Zugriff der Strafverfolgungsbehörden durch Sich-Absetzen in die DDR entzogen, wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet.

6. Verurteilungen

Das Oberlandesgericht Stuttgart verurteilte 1976 zwei Personen wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu Freiheitsstrafen von 2 Jahren bzw. 14 Monaten; in einem weiteren Fall wurde auf eine Geldstrafe von 2 500,-- DM erkannt.

Alle Verurteilten hatten Beziehungen zu einem DDR-Nachrichtendienst.

Verzeichnis der Abkürzungen

- AERFA - Vereinigung der Spanier in der Bundesrepublik Deutschland
- ASV - Arabischer Studentenverein
- ATTF - Föderation Türkischer Sozialisten in Europa
- ATÖF - Studentenföderation der Türkei in Deutschland e.V.
- BBI - Bürger- und Bauerninitiative
- BSLE - Bund Sozialistischer Lehrer und Erzieher
- CCE - Spanischer Kultur-Klub
- CISNU - Conföderation Iranischer Studenten - National Union
- CTIM - Trikolore-Komitee der Italiener in der Welt
- DBI - Deutsche Bürgerinitiative e.V.
- DKP - Deutsche Kommunistische Partei
- DVU - Deutsche Volksunion
- EAP - Europäische Arbeiterpartei
- FIDEF - Föderation der Türkischen Arbeiter-Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland
- FILEF - Italienischer Verband der Gastarbeiter und ihrer Familien
- FIS - Föderation Iranischer Studenten
- GIM - Gruppe Internationale Marxisten
- GUAS - Generalunion Arabischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin
- GUPA - Generalunion Palästinensischer Arbeiter
- GUPS - Generalunion Palästinensischer Studenten
- GUV - Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe
- HNO - Kroatischer Nationaler Widerstand
- ISV - Iranischer Studentenverein
- JN - Junge Nationaldemokraten
- JP - Junge Pioniere - Sozialistische Kinderorganisation
- KABD - Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands
- KB - Kommunistischer Bund
- KBW - Kommunistischer Bund Westdeutschland
- KDS - Kampfbund Deutscher Soldaten
- KHG - Kommunistische Hochschulgruppe
- KJV - Kommunistischer Jugendverband
- KJVD - Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
- KKE-Ausland - Kommunistische Partei Griechenlands (Ausland)
- KNE - Kommunistische Jugend Griechenlands
- KPD - Kommunistische Partei Deutschlands
- KPD/ML - Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten

KSB/ML - Kommunistischer Studentenbund/Marxisten-Leninisten
 KSG - Kommunistische Studentengruppen
 KSV - Kommunistischer Studentenverband
 MASch - Marxistische Arbeiterschulung
 MHP - Partei der Nationalistischen Bewegung
 MSB - Marxistischer Studentenbund Spartakus
 MSI-DN - Soziale Italienische Bewegung - Nationale Rechte
 NPD - Nationaldemokratische Partei Deutschlands
 NPV - Naturpolitische Volkspartei
 NSDAP-AO - Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei -
 Auslandsorganisation
 OEK - Bund Griechischer Gemeinden
 PASOK - Panhellenische Sozialistische Bewegung
 PCE - Kommunistische Partei Spaniens
 PCI - Kommunistische Partei Italiens
 PEEG - Fortschrittliche Union der Griechen in Deutschland -
 Landesverband Baden-Württemberg
 PLO - Palästinensische Befreiungsorganisation
 PSEE - Weltverband der Griechischen Nationalisten
 RAF - Rote Armee Fraktion
 RB - Rechtsblock für Arbeiter, Bauern und Soldaten
 RH - Rote Hilfe e.V.
 RHD - Rote Hilfe Deutschlands
 RJVD - Revolutionärer Jugendverband Deutschlands
 RZ - Revolutionäre Zelle
 SDAJ - Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
 SHB - Sozialistischer Hochschulbund
 SRK - Soldaten- und Reservistenkomitee
 TDF - Föderation Demokratischer Arbeitervereine der Türkei
 in Europa e.V.
 THKL - Türkische Volksbefreiungsfront
 THKO - Volksbefreiungsarmee der Türkei
 TKP/ML - Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten
 VB - VOLKSBLOCK - Naturpolitische Volksbewegung
 VSK - Verein Sozialistischer Kulturschaffender
 VVJ - Vereinigung Verfassungstreuer Jugend
 VVK - Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte
 WSG - Wehrsportgruppe HOFFMANN